

Das Magazin des Deutschen Studentenwerks

DSW JOURNAL

KALENDER
2015
ZUM
HERAUSNEHMEN!

„Die Grabenkämpfe sind vorbei“

Die KMK-Präsidentin Sylvia Löhrmann erklärt, warum Bund und Länder eine neue Art der Zusammenarbeit finden müssen.



Preiswürdig wohnen

Studentisches Leben in ausgezeichneten Wohnheimen

Sturmerprobter Pädagoge

Der Vorsitzende des Wissenschaftsrats Manfred Prenzel im Porträt

Barbara Hendricks

Die Bundesbauministerin ist gegen Denkschranken beim Wohnheimbau

EIN KAHLER RAUM
SEIT TAGEN KEIN SCHLAF
MÜDE
KURZ VORM EINSCHLAFEN
EIN SCHLAG INS GESICHT
MÜDE
KURZ VORM EINSCHLAFEN
EIN SCHLAG INS GESICHT
EIN SCHLAG INS GESICHT
EIN SCHLAG INS GESICHT
BIS DU WAS DAGEGEN TUST.
AUF AMNESTY.DE/STOPFOLTER

AMNESTY
INTERNATIONAL



FOTOS: KAY HERSCHELMANN (TITEL UND EDITORIAL)

Pingpong

»Ist die Versorgung von 2,7 Millionen Studierenden wirklich kein Thema für die KMK, wenn sich der Bund nicht zuständig fühlt?«

Achim Meyer
auf der Heyde

Wundern Sie sich nicht, wenn Sie dieses Heft durchblättern. Aber wahrscheinlich irritiert Sie nichts mehr, was das Zuständigkeitspingpong von Bund und Ländern betrifft. Im Interview fordert die amtierende Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK), Sylvia Löhrmann, vom Bund, mehr soziale Verantwortung zu übernehmen. Die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Barbara Hendricks, sieht dagegen die Länder in der Verantwortung. Nun könnte man die Gegensätzlichkeit der Aussagen darauf zurückführen, dass beide unterschiedliche Ressorts vertreten. Ganz so einfach ist es aber nicht am Vorabend einer Verfassungsänderung, die zu mehr Kooperation von Bund und Ländern im Hochschulbereich führen soll, allerdings der Einstimmigkeit bedarf. Und die herzustellen kann dauern, wenn der wesentliche, autonome Entscheidungsbereich der Länder unangetastet bleiben soll.

Die KMK-Präsidentin hat Recht, wenn sie eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern für notwendig hält und in der Bildungspolitik andere Themen in den Vordergrund drängen: sozialpolitische Fragen, Inklusion und soziale Disparitäten. Oder wenn sie Schul- und Bildungspolitik damit gleichzeitig zu Sozial-, Wirtschafts-, Integrations- und Gesellschaftspolitik erklärt und in dieser Logik den Bund in seiner Zuständigkeit für die Sozialgesetze als Finanzier in die Pflicht nehmen will. Ein bisschen klingt es aber danach: Der Bund ist für den sozialen Rahmen im Bildungsbereich zuständig, an die

Kultushoheit lassen wir ihn nicht heran. Spannende Zukunftsaussichten für die Kooperation.

Apropos sozialer Rahmen: Beide betonen die Bedeutung der Studentenwerke für den Hochschulbereich. Und beide verweisen auf die Zuständigkeit der Länder. Die KMK-Präsidentin sieht die Finanzierung der Studentenwerke nicht als Thema für die KMK. Das war einmal anders, solange es den Unterausschuss für studentische Angelegenheiten der KMK gab. Ist die Versorgung von 2,7 Millionen Studierenden wirklich kein Thema für die KMK, wenn sich der Bund nicht zuständig fühlt? Und ist es nicht doch ein Thema für den Bund, der sich mit immer neuen Hochschulpakten am Ausbau der Studienplätze beteiligt, jedoch nicht zur Kenntnis nehmen will, dass die Kapazitätserweiterung der Hochschulen zwangsläufig den Bedarf an Studentenwohnheimplätzen und Verpflegungsmöglichkeiten erhöht? Die Bundesbauministerin sieht die Länder beim Wohnheimbau in der Pflicht, aber sie will sich immerhin beim angekündigten Zehn-Milliarden-Euro-Investitionsprogramm der Bundesregierung keine Denkschranken auferlegen. Vielleicht profitieren dann diejenigen Studierenden, die dringend auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind, doch endlich davon.

Dieses Pingpong macht Sorge, auch im Hinblick auf die anstehende Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen, die eigentlich noch vor Jahresende abgeschlossen sein soll. Die Zuständigkeiten mögen künftig zwar eindeutiger verteilt sein, nur wer kommt dann für notwendige Infrastrukturinvestitionen im Zuständigkeitsloch auf?

Eine spannende Lektüre wünscht Ihnen

Achim Meyer auf der Heyde
Generalsekretär des
Deutschen Studentenwerks
»achim.meyeraufderheyde@
studentenwerke.de



POLITIK



Der Bund muss mehr soziale Verantwortung übernehmen

Sylvia Löhrmann (Bündnis 90/Die Grünen) zieht am Ende ihrer Amtszeit als Präsidentin der Kultusministerkonferenz ein Fazit. Interview mit Armin Himmelrath / 12

Wie weit ist die „Hochschule für Alle“?

Inklusion an Hochschulen: Die gesetzlichen Vorgaben sind klar. Doch wie weit sind die Hochschulen und Länder bei der Umsetzung?
Von Wiebke Toebelemann / 16

Bologna-Mythen

15 Jahre Bologna-Reform ist Anlass genug für Anerkennung und Kritik. Eine kritische Analyse von Dieter Lenzens Buch „Bildung statt Bologna!“
Von Wolf Wagner / 18

CAMPUS

Kurz, knapp und informativ: Zahlen, Daten und Fakten aus der Bildungswelt / 6

+ Teamwork
Die Zwei von der WIZ / 11



PRAXIS

/ 20-29



Preiswürdig wohnen

Viele Studentenwohnheime sind mit Preisen ausgezeichnet worden: für ökologische und nachhaltige Bauweise, energieeffiziente Technik und die Verwendung besonderer Materialien.
Von Cornelia Greve und Sabine Jawurek / 20

Einfach lecker!

Die Marke mensaVital der Studentenwerke hat sich zu einem Gütesiegel für gesundes Essen in den deutschen Mensen entwickelt.
Von Bettina Kracht / 26



Mut zur Lücke

Studierende von 34 Hochschulen haben diese Lücke beim Fotowettbewerb der Studentenwerke in Bildern festgehalten, um auf etwas Fehlendes hinzuweisen oder um sie als Platz für Neues zu zeigen.
Von Anne Renner / 28

PROFILE

Sturmerprobter Pädagoge

Er behält immer die Nerven, erst recht als Vorsitzender des Wissenschaftsrats. Porträt des obersten deutschen Wissenschaftslobbyisten Manfred Prenzel.
Von Anja Kühne / 30



FOTOS (LINKS): KAY HERSCHELMANN, OLIVER HEISSNER/HAMBURG, NOT ONLY PIXEL, PAAVO BLÄFIELD; FOTOS (RECHTS): ROBERT MICHAEL/DPA, MICHAEL GOTTSCHALK/GETTY IMAGES; ILLUSTRATION: JACQUELINE URBAN

PERSPEKTIVE



Vorbild Fachhochschule

Offiziell will sich noch niemand festlegen, aber offenbar steht China davor, viele seiner Universitäten in stärker praxisbezogene Fachhochschulen oder Berufsfachschulen umzuwandeln.
Von Jeannette Goddar / 34

13 FRAGEN AN ...



... Barbara Hendricks, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit / 36

+ Ein Gedanke noch
Der DSW-Präsident hat das letzte Wort / 38



Die „Alte Mensa“ des Studentenwerks München wurde von 2009 bis 2012 nach neuesten Sicherheitsanforderungen saniert.

Neue Alte Mensa

DENKMALPFLEGEPREIS Wie schön denkmalgeschützte Gebäude aus den 1970er Jahren saniert werden können, ohne das traditionelle Erscheinungsbild zu zerstören, ist an diesem Bauwerk besonders gut zu sehen: die Mensa Oberwiesenfeld des Studentenwerks München. Ursprünglich wurde die „Alte Mensa“ anlässlich der Olympischen Spiele 1972 gebaut. Nach Jahrzehnten intensiver Nutzung entsprach sie Anfang des neuen Jahrtausends nicht mehr den aktuellen An-

forderungen an Brandschutz, Energieverbrauch und technischer Gebäudeausrüstung. Grund genug für umfassende Sanierungsmaßnahmen. Das Ergebnis überzeugte die Jury der Bayerischen Ingenieurkammer-Bau und des Landesamts für Denkmalpflege, die es mit dem Bayerischen Denkmalpflegepreis 2014 in Silber in der Kategorie „Öffentliche Bauwerke“ auszeichnete. [ml](http://www.bayika.de/de/denkmalpflegepreis)
 » www.bayika.de/de/denkmalpflegepreis
 » www.stwm.de

KURZ GESAGT



»Studentenwerke sind für die Betreuung der Studierenden ein Muss«

Claudia Dalbert, wissenschafts- und hochschulpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen-Anhalt

Wussten Sie schon, dass ...

... **82 %** der Studierenden innerhalb der Vorlesungszeit im **Laufe einer Woche** eine Mensa oder Cafeteria nutzen?
Im Durchschnitt suchen sie **3 X wöchentlich** eine Mensa oder Cafeteria auf. Studenten gehen häufiger als Studentinnen dort essen: **Studenten 3,6 X, Studentinnen 3 X** pro Woche. Die **Hauptgründe**, die **sporadische Nutzer** vom Mensabesuch abhalten, sind Lehrveranstaltungen, die **zeitlich ungünstig** liegen (**48 %**) und **genereller Zeitmangel** (**36 %**).
 » www.sozialerhebung.de



Ei ei ei, Cottbus!

KABARETT Im Winter nach Cottbus, im Januar in die Lausitz? Unbedingt! Das Studentenwerk Frankfurt (Oder) lädt nach Cottbus zu „Ei(n)fälle“, dem bundesweiten Kabaretttreffen der



Studiosi. Es findet im Januar 2015 zum 20. Mal statt, und wieder wird es ein „Best-of“ des studentischen Kabarett: „Zärtlichkeiten mit Freunden“ sind dabei, der böse Tilman Lucke, der „Prolästerrat“ aus Magdeburg, „ROhrstOck“ aus Rostock. Es wird saukomisch, hintergründig, nonsensig – und manchmal wird es auch weh tun. Am 17.1.2015 geht’s los mit der satirischen Kurzfilm-Nacht, es folgen Science Slam (20.1.), die Eröffnungsgala im Staatstheater Cottbus (22.1.) und der Lesebühnen-Brunch in der Mensa am 25.1.2015. Karten sichern, hingehen! sg

» www.studentenkabarett.de

FOTOS (LINKS): MP-A, WWW.CLAUDIA-DALBERT.DE/REINER KURZEDER; FOTOS (RECHTS): STUDENTENWERK POTSDAM; ILLUSTRATION: SAMUEL VON DÜFFEL

Der Potsdamer

DER NEUE Seit dem 1. November 2014 ist Peter Heiß neuer Geschäftsführer des Studentenwerks Potsdam. Der gelernte und studierte Kaufmann arbeitet seit 2011 im Studentenwerk, bisher als Leiter der Zentralabteilung. Er freut sich auf seine neue Aufgabe: „Ich wünsche mir, dass das Studentenwerk Potsdam weiterhin von den Studierenden, den Hochschulen und dem Land Brandenburg als kompetenter Ansprechpartner und Dienstleister für die sozialen Rahmenbedingungen des Studiums wahrgenommen wird.“ Peter Heiß ist gebürtiger Potsdamer, er ist verheiratet und hat zwei Kinder. jaw

» www.studentenwerk-potsdam.de

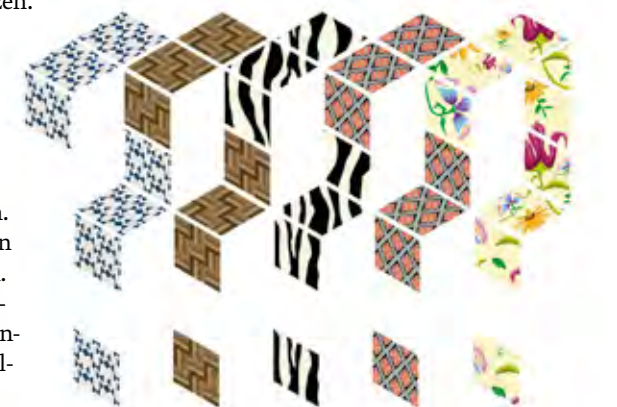


HEIKO SAKURAI

„Wie ge-wohnt“

WETTBEWERB Nach „Was isst Du?“ und „Diversity? Ja bitte!“ geht der Plakatwettbewerb des Deutschen Studentenwerks mit dem Thema Wohnen in die nächste Runde. Unter dem Motto „Wie ge-wohnt“ ruft der Wettbewerb Studierende der Fächer Grafikdesign, Kommunikationsdesign und Visuelle Kommunikation dazu auf, ihre persönlichen Erfahrungen und individuelle Botschaft gestalterisch umzusetzen. Die aktuelle 20. Sozialerhebung des DSW zeigt, dass studentische Wohnformen sehr vielfältig sind. Fast 30 Prozent der Studierenden leben in einer WG, jeweils rund ein Fünftel allein oder mit Partner/Partnerin. 23 Prozent wohnen noch bei ihren Eltern, 10 Prozent im Wohnheim. Gleichzeitig machen viele Studierende gerade zum Beginn des Wintersemesters in vielen Hochschulstädten die Erfahrung, dass es

schwierig ist, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Der Plakatwettbewerb findet zum 29. Mal statt und wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert. Kooperationspartner ist das Museum für Kommunikation Berlin. ar
 » www.studentenwerke.de/de/29plakatwettbewerb



ZAHLENWERK Studentenwerke im Zahlenspiegel 2013/2014

2,3 Mio.
STUDIERENDE

1,58 Mrd. Euro
Gesamteinnahmen,
davon sind 16,4 %
Semesterbeiträge.

58
STUDENTEN-
WERKE

925 Mensen
und Cafeterien
mit einem
Gesamtumsatz
von rund 415
Mio. Euro, das
ist ein Umsatz-
plus von 3 %
gegenüber
dem Vorjahr.

232
KINDERBETREUUNGS-
EINRICHTUNGEN MIT

19 000
MITARBEITER/INNEN

8335
BETREUUNGSPLÄTZEN.

QUELLE: DEUTSCHES STUDENTENWERK

EINE FRAGE ...

Wo soll der Bund nach der GG-Änderung Akzente setzen?

Antworten von den Bildungsexperten der Bundestagsfraktionen



Kai Gehring MdB
Bündnis 90/Die
Grünen

Aus den Wissenschaftspakten mit kurzen Laufzeiten muss eine dauerhafte und verlässliche Finanzierung für die Hochschulen erwachsen. Ihre Grundfinanzierung und Ausstattung muss gesamtstaatlich stabilisiert und gestärkt werden. Dazu gehören ein zukunftsgerechter Hochschulbau und faire Wissenschaftskarrieren.

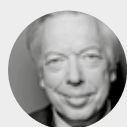
» www.kai-gehring.de



Nicole Gohlke MdB
Die Linke

Die völlig unzureichende Grundgesetzänderung soll Planungssicherheit wenigstens für die Hochschulen herstellen. Wenn Frau Wanka es damit ernst meint, dann muss der Bund flächendeckend in die Grundfinanzierung einsteigen. Die Spielchen um den Hochschulpaket müssen beendet und die Exzellenzinitiative eingestellt werden.

» www.nicole-gohlke.de



Ernst Dieter Rossmann MdB
SPD

Der Bund soll die Hochschulen in der Breite unterstützen, zum Beispiel mit einer Verstärkung der Hochschulpakete, dauerhaft die Nachwuchswissenschaftler fördern und die Zusammenarbeit von außeruniversitärer und Hochschulforschung erleichtern beziehungsweise stärker unterstützen.

» www.ernst-dieter-rossmann.de



Albert Rupprecht MdB
CDU/CSU

Wir gewährleisten Nachhaltigkeit, die wir etwa mit dem Qualitätspakt Lehre oder der Exzellenzinitiative angestoßen haben. Dazu gehört auch die Förderung von Kooperationen. Insgesamt wollen wir die internationale Sichtbarkeit exzellenter Hochschulen erhöhen, um den Innovationsstandort Deutschland zu stärken.

» www.albert-rupprecht.de

2 Männer, 2 Oscars

GV-MANAGER Michael Gradtke vom Studierendenwerk Hamburg (links) und Gerd Schulte-Terhusen sind „GV-Manager des Jahres 2014“. Das Fachmagazin „GVmanager“ ehrt damit seit 2009 Führungskräfte der Gemeinschaftsverpflegung (GV). Erstmals ging der Preis gleich an zwei Fachleute. Gradtke, Abteilungsleiter Hochschulgastronomie beim Studierendenwerk Hamburg, kreierte etwa einen Klimateller und erweiterte für Hamburgs Studierende das vegane Angebot. Schulte-Terhusen leitet beim Studierendenwerk Essen-Duisburg die Hochschulgastronomie.

Er ist verantwortlich für neun Mensen und Cafeterien sowie ein Restaurant. Die Studentenwerke zählen zu den größten Gemeinschaftsverpflegern Deutschlands; sie bereiten im Jahr rund 90 Millionen Essen zu. Rund 800 000 Studierende essen täglich in einer Mensa der Studentenwerke. [sg » dswurl.de/GVmanager2014](http://sg.dswurl.de/GVmanager2014)



Ehrung (v. l.) Michael Gradtke, Studierendenwerk Hamburg, und Gerd Schulte-Terhusen, Studierendenwerk Essen-Duisburg

FOTOS (LINKS): STEFAN KAMINSKI, DIE LINKE, PRIVAT, NINA ALTMANN; FOTOS (RECHTS): GV-MANAGER; PLAKATE: NAM DO HOAI; ILLUSTRATION: DOMINIK HERRMANN



Händchenhalten für Diversity

PLAKATE Jetzt kostenlos bestellen: die Sieger-Plakatserie von Nam Do Hoai, Fachhochschule Düsseldorf, aus dem 28. Plakatwettbewerb des Deutschen Studentenwerks, Thema „Diversity? Ja bitte!“ - und viele weitere schöne, knallige Plakate. [» www.studentenwerke.de/de/content/plakatbestellung](http://www.studentenwerke.de/de/content/plakatbestellung)

KOLUMNE

Auf ein Wort

Unerklärliche Phänomene



Ups - ist es etwa schon wieder soweit? Das Weihnachtsgeld ist der, wenn auch sehr angenehme, doch unverkennbare Indikator: Das Jahr geht zu Ende. Wie immer, so kommt es auch in diesem Jahr wieder ganz unerwartet und plötzlich. Obwohl eine gewisse Erschöpfung überall zu spüren ist, bemerke ich doch auch eine gewisse Vorfreude auf einige ruhige Tage zum Regenerieren, Gedanken ordnen, Abschließen von Projekten sowie Sortieren und Wegheften der Papierstapel, die sich in zwölf Monaten angesammelt haben und nun auf ihren Platz im Archiv warten. Wie jedes Jahr, wird insbesondere letzteres immer auf die ruhigere Zeit um Weihnachten und Sylvester verschoben. Und wie ebenfalls jedes Jahr, ist der Stapel am Anfang des neuen Jahres nur unwesentlich kleiner geworden. Das ist definitiv ein zuverlässiges, immer wiederkehrendes Phänomen! Ich frage mich, woran liegt das? Liegt es daran, dass allen immer noch kurz vor Weihnachten wichtige Dinge mit höchster Priorität einfallen, die es zuerst zu erledigen gilt? Selbst die Grundgesetzänderung und die Bafög-Reform gehen noch kurz vor knapp, quasi auf den letzten Drücker, in und hoffentlich auch durch den Bundesrat. Ich sehe es ja ein: Irgendwann muss alles endlich zum Abschluss geführt werden.

Oder liegt es daran, dass diese Tätigkeiten einfach nur lästig sind und deshalb gerne liegengelassen werden? Es muss doch schön sein, im Januar in ein aufgeräumtes Büro zu kommen. Theoretisch zumindest, denn praktisch kann ich da nicht mitreden. Also, woran liegt's, dass es in meinem Büro im Januar immer noch genauso aussieht wie im Dezember?

Marijke Lass, Chefredakteurin
» marijke.lass@studentenwerke.de

Auserchoren

KLANGVOLL Chöre gibt es schon viele in Berlin, aber so einen gab es noch nie: den hochschulübergreifenden Jazz-Pop Chor Unität des Studentenwerks Berlin. Sowohl Berliner Studierende verschiedener Hochschulen als auch Mitarbeiter des Studentenwerks sind dort herzlich willkommen. Chorerfahrung wird gerne gesehen, ist aber nicht zwingend notwendig. Der Chorleiter, Student Sven Rätzel, kümmert sich zusammen mit einem Pianisten und einem Stimmbildner darum, dass alles harmonisch klingt. Man wird ihn bald auf Konzerten, Flashmobs und Uni-Evens live erleben können. *ar*
» www.studentenwerk-berlin.de



3000 Bio-Tüten für Studis

KAMPAGNE Zum Beginn des Wintersemesters 2014/2015 verschenkten die Stadt und das Studierendenwerk Heidelberg gemeinsam 3000 Bio-Tüten an Studierende. Die Aktion ist Teil des Projekts „Bio in Heidelberg“; die Stadt macht auch mit



beim Biostädte-Netzwerk. Das Studierendenwerk Heidelberg serviert schon lange Bio sowie ausschließlich Fairtrade-Kaffee. Inhalt der Bio-Tüten: ein Kochlöffel, ein Gastronomieführer, Gutscheine und Biolebensmittel-Kostproben. *em*
» www.stw.uni-heidelberg.de
» dswurl.de/Heidelberg-Bio-Tueten

KURZ UND KNAPP

E-Auto für alle

Bochumer Studierende haben es gut: Mit ihrem Semester-Ticket können sie den öffentlichen Nahverkehr kostenlos in ganz Nordrhein-Westfalen nutzen. Um die Studis noch mobiler zu machen, besorgte das Akademische Förderungswerk (AKAFÖ) für das Wohnheim Stiepeler Straße 71a ein Elektroauto samt Ladestation und stellt dort ein Car-Sharing zur Verfügung. Das Anmieten kostet 3,25 Euro pro Stunde und im Nachtarif (20.00-8.00 Uhr) nur 1,50 Euro. Die ganze Nachbarschaft profitiert, denn das Pilotprojekt RUHRAUTOe mit dem Studentenrabatt gilt auch für sie! *em*
» www.akafoe.de
» www.ruhrautoe.de

Green Berlin

Das Studentenwerk Berlin beweist erneut seine umweltfreundliche Haltung und nimmt als erstes Studentenwerk in

Deutschland überhaupt ein Windrad in Betrieb. Es befindet sich auf dem Dach der Mensa der Technischen Universität Hardenbergstraße, neben den bereits installierten Solarstrom- und Solarthermieanlagen. Die damit gewonnene Energie wird zur Strom- und Warmwassererzeugung der Mensa genutzt. Studentenwerk Berlin goes green! *em*
» www.studentenwerk-berlin.de

20 Jahre TUSCULUM

Das Studentenwerk Dresden hat die 1893 im spätklassizistischen Stil erbaute Villa „Tusculum“ 1992 übernommen und zu einem Studentenhaus umgebaut. Seit 1994 ist es ein Zentrum studentischer Kultur. Zum 20. Jubiläum organisierte das Studentenwerk Dresden Anfang November 2014 eine Festwoche. *em*
» www.studentenwerk-dresden.de/kultur/tusculum

FOTO (LINKS): STUDIERENDENWERK HEIDELBERG; PLAKAT: STUDIENTENWERK BERLIN; FOTO (RECHTS): PAAVO BLÄFIELD

SERIE TEAMWORK im Studentenwerk

9 10 11 12 13 14 15 16



DIE ZWEI VON DER WIZ

Das Team der Außenstelle Witzenhausen (WIZ) des Studentenwerks Kassel Kein Witz: Sie kennen alle ihre Studierenden persönlich - fast alle! Das Team in der Außenstelle Witzenhausen des Studentenwerks Kassel unterstützt die 900 Studierenden des Fachbereichs Ökologische Agrarwissenschaften der Universität Kassel. Harald Mentz (r.) ist der Leiter, die Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte Janin Artmann ist Sachbearbeiterin. Beide beraten ihre Studierenden vor

allem zu den Themen Studienfinanzierung und Wohnen. Da sie auch für die Sachbearbeitung zuständig sind, finden sie oft schnelle und unkomplizierte Lösungen. So haben beide zu vielen Studierenden ein vertrauensvolles, fast familiäres Verhältnis aufgebaut: „Direkt helfen zu können, das schätzen wir sehr, das motiviert uns täglich!“ Ach ja, die Cafeterien und die Mensa auf dem Campus managen sie übrigens auch noch. *jaw*
» www.studentenwerk-kassel.de

IMPRESSUM

DSW-Journal, Das Magazin des Deutschen Studentenwerks (DSW) Ausgabe 4/2014

Das DSW-Journal erscheint viermal im Jahr.

Herausgeber: Deutsches Studentenwerk e.V., Monbijouplatz 11, 10178 Berlin

Verantwortlich: Achim Meyer auf der Heyde, Generalsekretär

Chefredakteurin: Marijke Lass (ml) marijke.lass@studentenwerke.de

Redaktion: Cornelia Greve (cg), Stefan Grob (sg), Sabine Jawurek (jaw), Bettina Kracht (bk), Anne Renner (ar), Emilia Wojtkowska (em)

An dieser Ausgabe haben außerdem mitgewirkt: Christian Füller, Jeannette Goddar, Armin Himmelrath, Dr. Anja Kühne, Wiebke Toebelmann, Prof. Dr. Wolf Wagner

Fotos: Nina Altmann, Olaf Bathke, Jonas Berweck, Paavo Bläfield, Eva Brumme, CSU-Landtag, Die Linke, Wolfgang Dürr, Michael Gottschalk/Getty Images, Gvmanager, Oliver Heissner/Hamburg, Kay Herschelmann, Udo Hesse, Stefan Kaminski, Sandra Kühnapfel, Robert Michael/dpa, mp-a, not only pixel, Christoph Reichelt/Berlin, Tomas Riehle/ARTUR IMAGES, Rolf Schulten, Sigurd Steinprinz, Nicole Stoitschew, Studentenwerk Berlin, Heidelberg, Oberfranken, Potsdam; Tobias Teichmann, UHH/Dichant,

www.claudia-dalbert.de/Reiner Kurzeder, Jens Weber/München

Grafik: Einhorn Solutions GmbH www.einhorn-solutions.de

Karikatur: Heiko Sakurai

Illustrationen: Dominik Herrmann, Jacqueline Urban, Samuel von Düffel

Druck: Henrich Druck + Medien GmbH www.henrich.de

Beratung: Helmut Ortner www.ortner-concept.de

Anzeigen: dswjournal-anzeigen@studentenwerke.de Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Januar 2014

Redaktionsanschrift:

Deutsches Studentenwerk e.V. Redaktion DSW-Journal Monbijouplatz 11 10178 Berlin

Tel.: +49(0)30-29 77 27-43

Fax: +49(0)30-29 77 27-99

E-Mail: dswjournal@studentenwerke.de

Internet: www.studentenwerke.de

Nachdruck und Wiedergabe von Beiträgen aus dem DSW-Journal sind nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion erlaubt. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.



Der Bund muss mehr soziale Verantwortung übernehmen

SYLVIA LÖHRMANN Die Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK) zieht am Ende ihrer Amtszeit ein Fazit über BAföG, Studiengebühren und den deutschen Bildungsföderalismus.

TEXT: Armin Himmelrath FOTOS: Kay Herschelmann

DSW JOURNAL: Ab 2015 müssen die Bundesländer nicht mehr für ihren BAföG-Anteil aufkommen. Das übernimmt dann der Bund. Im Gegenzug stimmen die Länder einer Grundgesetzänderung zu, mit der Bundeshilfe für den Hochschulbereich erleichtert wird. Und vor ein paar Wochen wurde in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) beschlossen, dass die Bundesregierung weiter große Summen zu den Hochschulpakten zuschießt. Täuscht der Eindruck, oder geben die Länder derzeit Stück für Stück große Teile ihrer Bildungshoheit ab?

Löhrmann: Das sehe ich überhaupt nicht so. Zunächst einmal muss man die verschiedenen Organe auseinanderhalten: Die Kultusministerkonferenz (KMK) als Fachministerkonferenz ist ja kein Verfassungsorgan – und insofern verhandelt sie auch nicht mit dem Bund. Das machen die Länder über den Bundesrat. Und das zu Recht: Die Bundesländer tragen ja schließlich in Deutschland den Hauptteil der Bildungsausgaben.

Trotzdem wird immer wieder der Ruf nach stärkerer Zentralisierung laut.

Aber wofür soll das gut sein? Die Länder gestalten Bildungspolitik doch sehr effektiv. Ein Beispiel: Wir haben flächendeckend die Studiengebühren abgeschafft, obwohl es dafür nie im Leben einen einstimmigen KMK-Beschluss gegeben hätte. Wir sind trotz-

dem zu einem – aus meiner Sicht sinnvollen – Ergebnis gekommen. Das funktioniert also. Die Grundkonstruktion unseres Bildungsföderalismus finde ich nach wie vor richtig und gut – das zeigt sich an solchen Beispielen. Aus meiner Sicht stellt sich aber eine andere entscheidende Frage: Ist die Form der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern noch zeitgemäß? Oder sind nicht sozialpolitische Fragen ins Zentrum gerückt, die man früher gar nicht im Kopf hatte, wenn man über Bildungspolitik gesprochen hat – etwa beim Thema Inklusion oder mit Blick auf soziale Disparitäten in Deutschland?

Ihre Antwort liegt auf der Hand ...

Natürlich: Die Art der Zusammenarbeit ist nicht mehr zeitgemäß. Weil sie aus einer völlig anderen Zeit mit einem völlig anderen Bildungsverständnis stammt, etwa mit einer Halbtagsschule, die ausschließlich von Lehrerinnen und Lehrern gestaltet wurde. Und für U3-Betreuung galt: Fehlanzeige. Heute haben wir eine Ganztagschule, die mit außerschulischen Partnern arbeitet. Heute ist Schul- und Bildungspolitik gleichzeitig auch Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik, Integrationspolitik und Gesellschaftspolitik. Deswegen bringt sich die KMK ja auch in dieser Frage ein: Was ist mit der sozialen Dimension von Bildung? Die Sozialgesetze macht nun einmal der Bund – und wer die Musik bestellt, der sollte sie auch bezahlen.



»Die eine oder andere Äußerung von Hochschulleitungen hat mich schon irritiert, weil das doch sehr nach Kirchturmdenken klingt«

Das ist für Sie also kein Widerspruch, den Bund finanziell immer wieder zu Hilfe zu rufen und die Bildungshoheit trotzdem bei den Ländern zu belassen?

Nein, weil wir dadurch eine breite Vielfalt haben und weil sich manchmal auch einfach Optionen ergeben, die sie zentralistisch so nicht umsetzen könnten. Das beste Beispiel aus Sicht von Nordrhein-Westfalen ist der Schulkonsens - zentral und auf Bundesebene hätten wir das niemals in so einem fairen Prozess bekommen. Aber auch die schon genannte Abschaffung der Studiengebühren ist so ein Beispiel.

Trotzdem haben Sie von „Erpressung“ gesprochen, als es um die Koppelung zwischen der BAföG-Reform und der Grundgesetzänderung ging ...

Ja, das bleibt auch richtig. Der Bund hat zwei Prozesse auf den Weg gebracht, für die es interessanter-

weise im Koalitionsvertrag der großen Koalition gar keine Grundlage gibt. Man brauchte aber offenbar irgendetwas für die zusätzlichen sechs Milliarden, die man für Bildung ausgeben wollte. Da wurde dann gesagt: Wir schaffen die Mischfinanzierung beim BAföG ab - das ist ja grundsätzlich auch sinnvoll. Die Erpressung liegt darin, dass es zusätzlich hieß: Liebe Länder, das bekommt ihr aber nur, wenn ihr im Gegenzug bei den Hochschulen einer Kooperations-Erweiterung zustimmt, inklusive Verfassungsänderung. Da hatten wir ja schlechte Karten, weil es um 1,17 Milliarden Euro BAföG-Einsparungen für die Länder geht - ein Land wie Bremen kann sich dann kaum leisten, „Nein“ zu sagen. Und die Wissenschaftsminister in allen Ländern wollten und wollen es natürlich auch, unabhängig von ihrem Parteibuch. Aber ja, das ist Erpressung. Und trotzdem mussten wir pragmatisch damit umgehen.

Wie heftig wurde denn in der KMK darüber diskutiert, ob die frei werdenden BAföG-Mittel tatsächlich im Hochschulbereich bleiben oder ob sie auch zur allgemeinen Haushaltssanierung eingesetzt werden dürfen? Es soll da eine Vereinbarung zugunsten der Hochschulen gegeben haben, die von einzelnen Ländern nicht eingehalten wird.

Zunächst einmal: Die KMK war mit diesem Thema nicht befasst, und die KMK-Präsidentin ist auch nicht die Schiedsrichterin. Das müssen schon die jeweiligen Länder und die Kabinette entscheiden. Im Koalitionsvertrag heißt es im Übrigen, dass die Summen zur Entlastung der Länder bei ihren Bildungsausgaben genutzt werden sollen. Es ist richtig, dass die Länder hier in ihrem gesamten Bildungsbereich gestärkt werden. Ich halte überhaupt nichts davon, den frühkindlichen Bereich, die Schule und den Hochschulbereich gegeneinander auszuspielen. Schon alleine deshalb, weil es rein formal ja auch Schüler-BAföG gibt. Und wenn ich in die frühkindliche Bildung investiere, profitieren davon auch die Schulen und Hochschulen. Da hat mich die eine oder andere Äußerung von Hochschulleitungen schon irritiert, weil das doch sehr nach Kirchturmdenken klingt. Wir sind in der Bildungspolitik doch längst viel weiter.

Der Ausbau der Hochschulen schreitet voran, die Studentenwerke dagegen sind seit Jahren unterversorgt, weil die soziale Begleitung der Studierenden nicht immer im Blick der Politik war. Könnte man von Seiten der KMK die frei werdenden BAföG-Mittel nicht dafür einsetzen?

Die Finanzierung der Studierendenwerke ist in den Bundesländern gesetzlich abgesichert - in einem Umfang, den die Länder jeweils für sich entschieden haben. Dass die Studierendenwerke wichtig für das Hochschulsystem sind und zur Bildungsgerechtigkeit beitragen, ist uns allen bewusst. 2012 haben die Länder dafür 145 Millionen Euro aufgebracht. Das ist schon ein ordentlicher Betrag - aber eben kein Thema für die KMK.

Am 15. Januar 2015 übergeben Sie Ihre Amtsgeschäfte als KMK-Präsidentin an Ihren Nachfolger. Wie sieht Ihre Bilanz aus, was bleibt aus Ihrer Amtszeit?

Wissen Sie, die KMK ist schon ein sehr kollegiales Organ. Da geht's nicht um persönliche Vermächtnisse. Schon alleine deshalb, weil man dem Präsidium insgesamt vier Jahre lang angehört. Ich werde also im nächsten Jahr wieder stellvertretende Präsidentin sein, so wie mein Vorgänger Stephan Dorgerloh in diesem Jahr einer meiner Stellvertreter war. Das bringt mit sich, dass wir unsere Themen gemeinschaftlich besprechen und mit großer Kontinuität behandeln. Nehmen Sie zum Beispiel die Inklusion - das ist eine riesige Herausforderung, die wird doch nicht in einem Jahr bewältigt. In diesem Jahr haben wir in der Lehrerbildung erste Umsetzungsbeschlüsse gefasst: die Verständigung über Basiskompetenzen zur Inklusion für alle Lehrerinnen und Lehrer, unab-



Sylvia Löhrmann (Bündnis 90/Die Grünen) setzt sich als Ministerin für Schule und Weiterbildung in NRW insbesondere für Inklusion ein.

ZUR PERSON

Sylvia Löhrmann, 57, in Essen geboren, ist seit Mitte Juli 2010 Ministerin für Schule und Weiterbildung sowie stellvertretende Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW). Noch bis Ende des Jahres 2014 ist sie die Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK), danach wird sie turnusgemäß deren Vizepräsidentin. Löhrmann studierte in Essen an der Ruhr-Universität Bochum Englisch und Deutsch auf Lehramt. Von 1984 bis 1995 arbeitete sie als Lehrerin an der Städtischen Gesamtschule Solingen. 1985 trat Sylvia Löhrmann den Grünen bei. Seit 1995 ist sie Landtagsabgeordnete in Nordrhein-Westfalen, von 1995 bis 2010 war sie Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen in NRW. Löhrmann lebt in Solingen.

hängig davon, in welchem Fach, in welchem Land und für welche Schulform sie ausgebildet werden. Und auch die Sonderpädagogik muss sich anders definieren als bisher. Die Grundsatzbeschlüsse sind getroffen - jetzt sind die Landesgesetzgeber gefordert, und im Besonderen die Hochschulen, die Lehramtsstudiengänge anbieten. Bildung ist ein dauerhafter und komplexer Veränderungsprozess. Man kann am Beispiel der Inklusion besonders deutlich machen, dass Veränderungen ihre Zeit brauchen, da es in der Bildung keine „Lichtschaltautomatik“ gibt.

Gab es weitere wichtige Themen in Ihrer Amtszeit?

Natürlich. Die Gesamtstrategie zum Bildungsmonitoring hat uns sehr beschäftigt. Die weitere Testung der Schülerleistungen steht nicht zur Disposition, aber wir wollen auch Gründe für die unterschiedlichen Leistungen der Länder identifizieren. „Vom Wiegen wird die Sau nicht fett“, heißt es. Leistungs- und Kompetenzvergleiche können also kein Selbstzweck sein. Deshalb war es in den vergangenen Monaten eine sehr wichtige Frage, wie wir es schaffen, aus den Ergebnissen des Monitorings bessere Umsetzungsstrategien zu entwickeln. Der Diskurs zwischen Bildungspolitik und Bildungsforschung ist dabei ganz erheblich vorangekommen. Und lassen Sie mich noch einen weiteren Punkt nennen, der mir wichtig ist: die Erinnerungskultur. Diesem Aspekt wollte ich als Präsidentin der KMK ein Gesicht geben und Gewicht verleihen: bei der Begleitung von Schülergruppen bei Besuchen etwa in Auschwitz oder Ypern, durch Gespräche mit gesellschaftlichen Gruppen und durch Veranstaltungen zur Demokratiepädagogik sowie mit der Gedenkstättenarbeit. Zur Erinnerungskultur als Beitrag historisch-politischer Bildung werden wir in der KMK noch im Dezember 2014 Empfehlungen verabschieden, die über die vielen besonderen Gedenktage im Jahr 2014 hinausreichen. Solche historischen Daten bleiben ja auch in Zukunft wichtige Lernanlässe in Schule und Zivilgesellschaft.

Alles in allem - waren Sie gerne KMK-Präsidentin?

Ja, sehr gerne, denn man kann in diesem Amt fachliche und gesellschaftliche Akzente setzen. Und die Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen hat mir Freude gemacht. Die alten Grabenkämpfe sind zum Glück vorbei, das tut der Sache gut. Auch die KMK ist eben, wie jede gute Schule, eine lernende Organisation - und das läuft in den vergangenen Jahren schon sehr, sehr rund.

Das Interview führte Armin Himmelrath.

Wie weit ist die „Hochschule für Alle“?

INKLUSION Hochschulbildung für Menschen mit Behinderung oder chronischer Krankheit: Die gesetzlichen Vorgaben sind klar, die Umsetzung ist im Gange.

TEXT: Wiebke Toebelmann

Den gleichberechtigten Zugang zur Hochschulbildung zu gewähren – dazu verpflichtet die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) die unterzeichnenden Staaten, also auch Deutschland. Mit ihrer Empfehlung „Eine Hochschule für Alle“ von 2009 hat die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) auf die UN-BRK reagiert und die Hochschulen in Deutschland zum weiteren Abbau von Barrieren und zur Verbesserung ihrer Beratungs- und Unterstützungsangebote veranlasst. Ein ganz wichtiges Thema: die Gestaltung von individuellen Nachteilsausgleichen. Dazu gehören etwa Zeitverlängerungen bei Prüfungen, Ausnahmen von der Anwesenheitspflicht oder längere Leihfristen in der Bibliothek. Nachteilsausgleiche sind und bleiben notwendig, weil Studierende mit Behinderungen oder chronischen Krankheiten immer noch auf viele Hindernisse stoßen: Fahrstühle fehlen, Lehrmaterialien sind nicht barrierefrei zugänglich, Studienpläne sind zu unflexibel. Deutliche Folgen dieser Schwierigkeiten: Beeinträchtigte Studierende brechen ihr Studium häufiger ab, wechseln öfter Fach oder Hochschule und brauchen vielfach länger bis zum Abschluss. Das ergab die 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks.

„Das Bachelor- und Master-Studium ist streng reguliert. Studierenden mit Beeinträchtigungen fehlen dadurch die Freiräume, die sie brauchen, um zum Beispiel Studium, Arztbesuche und Therapien

»Infrastrukturen und Lehre teilhabegerecht zu gestalten, ist ein anspruchsvoller Prozess, der mehr Zeit braucht als wir uns wünschen würden. Wichtig ist, dass es heute fast überall Beauftragte für die Belange der Studierenden mit Beeinträchtigung gibt«

Horst Hippler, Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK)



unter einen Hut zu bekommen,“ sagt Christiane Schindler, Leiterin der Informations- und Beratungsstelle Studium und Behinderung (IBS) des Deutschen Studentenwerks. Auch Anwesenheitspflichten und die hohe Prüfungsdichte zum Ende des Semesters können für Studierende mit Beeinträchtigungen zu echten Barrieren werden. „Wo sie früher vieles selbst regeln konnten, brauchen sie jetzt die Unterstützung ihrer Hochschule“, so die Expertin. Besonders viele Schwierigkeiten haben Studierende mit chronischen oder psychischen Erkrankungen, deren Beeinträchtigungen zumeist nicht sichtbar sind. Hier ist Sensibilisierung gefordert – der Hochschulangehörigen ebenso wie der Mitarbeiter in den Studentenwerken.

Wichtige Impulsgeber für mehr Inklusion an Hochschulen sind die Beauftragten für behinderte oder chronisch kranke Studierende, die es mittlerweile an fast allen Hochschulen oder Studentenwerken gibt. Sie beraten Studierende, helfen bei der Beantragung von Nachteilsausgleichen, initiieren Schulungsveranstaltungen für Lehrende oder Maßnahmen für mehr Barrierefreiheit. Ihr Arbeitsaufwand ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen, wie eine IBS-Umfrage von 2013 ergab. Jürgen Gündel, Leiter der Studienberatung und Behindertenbeauftragter der Universität Erlangen-Nürnberg, bestätigt: „Mit der Studierendenzahl ist auch mein Pensum gestiegen. Meine Stellvertreterin und ich stoßen schon mal an unsere Grenzen, etwa, wenn es um einen Nachteilsausgleich geht, bei dem besondere fachspezifische Aspekte berücksichtigt werden müssten.“ Was sich Gündel wünscht: „Ein Budget und personelle Verstärkung.“

Die UN-Behindertenrechtskonvention hat den Beauftragten mehr Arbeit beschert. Sie sorgt aber auch für neue Impulse in den Ländern. Das Amt der Beauftragten wird zunehmend institutionalisiert, zum Beispiel in Berlin, mit der jüngsten Novelle des Hochschulgesetzes im Jahr 2011. Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD): „An allen Hochschulen sind mittlerweile Behindertenbeauftragte bestellt.“ Zudem arbeitet die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft gemeinsam mit den Berliner Behindertenbeauftragten in einer Arbeitsgruppe „Menschen mit Behinderung in Hochschule und Wissenschaft“ zusammen; sie trifft sich zweimal im Jahr.

Auch in Bayern gibt es landesweite Treffen der Beauftragten, zu denen auch stets Landesvertreter erscheinen. „Wir lassen uns zudem jährlich einen ‚Ampelbericht‘ geben, wie der Gebäudebestand sukzessive barrierefrei gestaltet wird“, sagt der bayerische Landtagsabgeordnete Oliver Jörg (CSU), stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst. Viele Beratungsangebote seien über Studiengebühren finanziert worden. „Nach dem Wegfall war es wichtig, die Kompensation der Beiträge politisch umzusetzen. Mit dem anstehenden Doppelhaushalt 2015/16 wird der Kompensationsbetrag sogar nochmals leicht erhöht werden können und geht über die letztmalig angefallenen Studienbeiträge hinaus“, so Jörg.

Im nördlichsten Bundesland Schleswig-Holstein wird derzeit an der Universität Kiel in Zusammenarbeit mit dem Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft ein Aktionsplan für die Hochschule erarbeitet, der die Vorgaben der UN-BRK in konkretes und verbindliches Handeln umsetzen soll. Zudem soll ein Leitfaden erstellt werden, der auch andere Hochschulen bei der Erstellung von Aktionsplänen unterstützt. Nicht ohne Stolz weist Wissenschaftsstaatssekretär Karl-Rudolf Fischer (SPD) darauf hin, dass das einjährige Projekt vom Land Schleswig-Holstein finanziert wird.

In Nordrhein-Westfalen nutzt das Wissenschaftsministerium das Instrument der Ziel- und Leistungsvereinbarungen (ZLV), um seine Hochschulen dazu zu verpflichten, „Konzepte zur vollständigen Inklusion behinderter Studierender“ zu entwickeln. Die Vereinbarungen haben aber bisher nur die Fachhochschulen unterzeichnet. Über konkrete Umsetzungspläne müssen die Hochschulen der Regierung berichten – ein umstrittener Eingriff in die Autonomie der Hochschulen.



„Wir lassen uns einen ‚Ampelbericht‘ geben, wie der Gebäudebestand sukzessive barrierefrei gestaltet wird“

Oliver Jörg (CSU), bayerischer Landtagsabgeordneter, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst



„An allen Hochschulen sind mittlerweile Behindertenbeauftragte bestellt“

Sandra Scheeres (SPD), Senatorin für Bildung, Jugend und Wissenschaft des Landes Berlin



„Das Projekt ‚Aktionsplan‘ wird vom Land finanziert und soll Handlungsanleitungen erstellen, die von anderen Hochschulen genutzt werden können“

Karl-Rudolf Fischer (SPD), Staatssekretär im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein

Die Universitäten in NRW haben die ZLV bisher zwar nicht unterzeichnet, doch auch hier bewegt sich viel. An der Universität Duisburg-Essen wurde etwa 2013 die Beratungsstelle zur Inklusion bei Behinderung und chronischer Erkrankung verstetigt. Unter der Ägide der Prorektorin für Diversity-Management, Ute Klammer, koordiniert die Behindertenbeauftragte Daria Celle Küchenmeister seit 2012 die Arbeitsgruppe Inklusive Hochschule. Deren Ziel: Formulierung konkreter Arbeitsaufträge für den Inklusionsprozess sowie interne Vernetzung. „Die Sitzungen haben für alle eine stark motivierende Wirkung“, freut sich die Beauftragte.

Auch an der TU Dortmund ist Teilhabe von Behinderten ein Thema. Ein sehr prominentes sogar, und das nicht erst seit UN-Konvention und HRK-Empfehlung, sondern bereits seit 1977. Damals aus einem Lehrstuhl entstanden, gibt es heute das Dortmunder Zentrum Behinderung und Studium (DoBus). Das Angebot reicht von Beratung über ein Schnupperstudium bis hin zu Fortbildungen für Lehr- und Verwaltungspersonal. Das Zentrum begleitet Baumaßnahmen, stellt Hilfsmittel zur Verfügung und bietet Beratung beim Übergang in den Beruf an. „Wir haben hier eine lange Tradition“, sagt Leiterin Birgt Rothenberg. Für ihr umfassendes Angebot wurde die TU Dortmund gerade mit dem Arbeitgeberpreis für Bildung 2014 ausgezeichnet. Das Motto in diesem Jahr: „Bildung inklusiv – Potenziale entfalten durch Inklusion“.

Fazit: Viel Engagement im deutschen Hochschulsystem – aber genauso viel ist noch zu tun, damit das Leitbild einer „Hochschule für Alle“ mehr und mehr Wirklichkeit wird und sich auch wirklich alle Studieninteressierten mit Behinderung oder chronischer Krankheit frei für den Studiengang ihrer Wahl an der Hochschule ihrer Wahl entscheiden können.

ZUM NACHLESEN:

Alles zu Studium mit **Behinderung und chronischer Krankheit** » www.studentenwerke.de

Sonderpublikation „**BEST – beeinträchtigt studieren**“ » www.best-umfrage.de/Gesamtdarstellung/

Empfehlungen der Kultusministerkonferenz „**Verbesserung der Ausbildung für Behinderte im Hochschulbereich**“ » www.kmk.org

Empfehlungen der Hochschulrektorenkonferenz „**Eine Hochschule für Alle**“ » www.hrk.de



DIE AUTORIN
Wiebke Toebelmann ist freie Journalistin in Hamburg und schreibt unter anderem über Bildungs- und Karrierethemen

Bologna-Mythen

LOB UND KRITIK 15 Jahre nach der Bologna-Reform hat Dieter Lenzen in seinem Buch „Bildung statt Bologna!“ seine Kritik an ihr zusammengefasst – und stößt damit nicht nur auf Zustimmung.

TEXT: Wolf Wagner

Mythen sind Geschichten, die wegen ihrer emotionalen Bedeutung immer wieder erzählt werden. Sie skandalisieren die Welt und geben ihr zugleich eine tröstende Rechtfertigung. Dieter Lenzen, langjähriger Präsident der Freien Universität Berlin und heutiger Präsident der Universität Hamburg, hat in seinem Buch „Bildung statt Bologna!“ (Ullstein, Berlin 2014) Reden und Aufsätze der vergangenen Jahre zu einem Text zusammengefasst. Weil in ihm die gängigsten deutschen Bologna-Mythen versammelt sind, lohnt es, einige davon vorzuführen und zu analysieren.

1 Mythos Nr. 1 steckt schon im Titel des Buchs: Der Bologna-Prozess stehe im Widerspruch zur deutschen Bildung im Humboldtschen Sinne. Als Grund wird im Text der durch Bologna aufgetroffene Sieg des anglo-amerikanischen, allein auf Berufsausbildung ausgerichteten, Hochschulsystems benannt.

Bei Lenzen liest sich das so: Der Bologna-Prozess „kann als einzigartiger ‚Sieg‘ der britisch-amerikanisch akzentuierten Universitätsvorstellungen über das klassische Universitätsideal deutscher Provenienz gelten.“ (S. 9) Man habe verkannt, „dass in Amerika, aber auch in Großbritannien ein Hochschulsystem – anders als in Deutschland – in erster Linie als Berufsausbildung verstanden wird.“ (S. 16) Dadurch werde die deutsche „Universität zur Berufsschule transformiert“ (S. 26), von Personen, „die sich benehmen wie bewaffnete Vertreter amerikanischer Einwanderungsbehörden.“ (S. 20)

Doch nichts davon hält einem kritischen Blick stand. Im Bologna-Prozess haben die USA nie eine Rolle gespielt. Denn ein anglo-amerikanisches Hochschulsystem gibt es nicht. Außer den Namen „Bachelor“ und „Master“ haben sie nichts gemein. Der US-amerikanische Bachelor dauert vier Jahre und ist in keiner Weise auf Berufsausbildung angelegt. Er soll nach dem Humboldtschen Vorbild allgemeine Menschenbildung vermitteln. Erst der anschließende Master liefert in explizit „Schools“ genannten Institutionen Berufsausbildung. In England dauert der Bachelor meist drei Jahre und ist tatsächlich eine wissenschaftliche Berufsausbildung.

Eigentlich weiß Lenzen das. Das zeigt er in dem Buch (S. 54f und 98), wenn er von den Liberal Arts Colleges und ihrem Bachelor schwärmt oder auf den Anteil der Liberal Arts im normalen Bachelor-Studium der USA hinweist. Warum dann das „Amerika-Bashing“ mit offensichtlichen Fehlinformationen?

2 Mythos Nr. 2 Der Bologna-Prozess habe als Ziel die inhaltliche-kulturelle Einigung Europas und zwingt darum den Universitäten inhaltliche Festlegungen auf, die sie ihrer Autonomie beraubten und zu einer beispiellosen Verschulung des deutschen Hochschulstudiums geführt hätten.

Lenzen formuliert das so: „Der Verlust der universitären Autonomie – der Freiheit der Lehre – und die Exilation des Bildungsgedankens aus der Universität verdanken sich also einer Art Domino-Effekt“ (S. 28). Denn unter dem „Vorwand einer angeblich notwendigen

Vereinheitlichung hat ein einzigartiger Verschulungsprozess stattgefunden, der im Wesentlichen durch die Adaption des Akkreditierungsprinzips aus den USA verursacht worden ist“ (S. 35).

Auch daran stimmt nichts: Der Bologna-Prozess ist entstanden aus den massiven Mobilitätshindernissen innerhalb Europas durch die sehr unterschiedlichen Abschlüsse in gleichen Fachrichtungen. So musste ich in der Zeit vor Bologna immer wieder aufwendige Gutachten über meine Absolventinnen und Absolventen schreiben, wenn sie sich im europäischen Ausland bewarben. Darum war es für die Verwirklichung des höchsten Ziels der EU, die Freizügigkeit und berufliche Mobilität zu gewährleisten, eminent wichtig, diese Hindernisse aus dem Weg zu schaffen. Eine „Vereinheitlichung“ war damit nie angestrebt. Im Gegenteil: Die Bologna-Deklaration von 1999 erklärte, dass der Prozess „unter uneingeschränkter Achtung der Vielfalt der Kulturen, der Sprachen, der nationalen Bildungssysteme und der Autonomie der Universitäten“ erfolgen muss.

Andere Länder, zum Beispiel Schottland, Dänemark, Irland, Schweden und die Niederlande haben diese Offenheit genutzt und ihre traditionell auf selbstständiges, Problem lösendes Lernen ausgerichtete Bildungssysteme im Bologna-Prozess nicht nur bewahrt, sondern ausgebaut. Das wird durch den Bologna-Monitor 2009 honoriert: Diese Länder stehen an der Spitze beim Ranking um die Erfüllung der Bologna-Ziele. Deutschland liegt weit hinten. Die Verschulung in Deutschland ist hausgemacht und hat weder mit Bologna noch mit der Akkreditierung zu tun. Akkreditierung gibt es weltweit ohne die deutsche Verschulung.

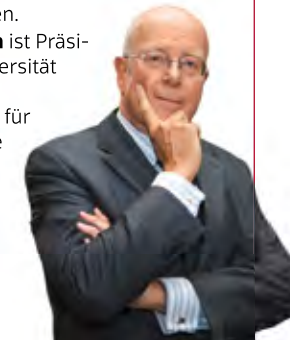
3 Mythos Nr. 3 Die durch das European Credit Transfer System (ECTS) geforderte Festlegung auf „Kompetenzen“ und einer Berechnung der „Workload“ stehe dem deutschen Bildungsgedanken entgegen.

Lenzen: „Workload‘ – was für ein Unsinn, Studienqualität nach Arbeitszeit bemessen zu wollen“ (S. 35). Die im ECTS zwingend vorgeschriebene Definition von

DIETER LENZEN

als überzeugter Kritiker des Bologna-Prozesses bekannt, veröffentlichte im Frühjahr 2014 das Buch „Bildung statt Bologna!“. Darin versammelt er noch einmal alle seine Kritikpunkte an der Reform und will zum Nachdenken über die „besinnungslose Umsetzung eines europäischen Reformgedankens an den deutschsprachigen Universitäten“ anregen. Die Reform müsse in eine andere Richtung reformiert werden: Ein Hochschulstudium müsse bilden – den Menschen und seine Persönlichkeit – und darf nicht nur als rein formales Vergleichskriterium an den europäischen Hochschulen dienen.

Dieter Lenzen ist Präsident der Universität Hamburg und Vizepräsident für Internationale Angelegenheiten der Hochschulrektorenkonferenz.



anzustrebenden Kompetenzen für jede Veranstaltung als „Learning-Outcomes“ ist die kopernikanische Wende von der Lehre zum selbstgesteuerten Lernen als Mittelpunkt und Zweck des Systems. Kompetenzen sind autonome Fähigkeiten.

Man kann sie nur durch Probieren und Üben erlangen und durch Anwenden unter Beweis stellen. Kompetenzen sind Bildung. Wissen um des Wissens willen und seine Präsentation in Referaten oder Vorlesungen sind Erziehung, Quiz-Fähigkeit für „Wer wird Millionär?“.

Mit der Betonung des aktiven Lernens von Kompetenzen will ECTS für Studienqualität sorgen. Die Credit-Points messen nur die Zeit, die es im Durchschnitt pro Semester braucht, um sie zu erwerben. Sie haben mit Qualität nichts zu tun, nur mit der Studierbarkeit des Studiums.

Es gibt noch weitere Mythen in Lenzens Buch.

Die Absicht hinter diesen gehäuften Fehlwahrnehmungen ist edel. Dieter Lenzen will zeigen, dass Bildung im Humboldtschen Sinne möglich ist. Darum stellt er die Zeit vor Bologna als erfülltes Ideal dieser Humboldtschen Bildung dar und setzt diese projizierte Situation von einst in Kontrast zu einer skandalisierten Situation heute. Zum Trost gibt er den übermächtigen Amerikanern und nicht den eigenen allein auf abfragbares Wissen fixierten Kolleginnen und Kollegen die Schuld. Man müsse nur aufhören, sich nach Amerika zu richten, und schon wäre das Humboldtsche Paradies erreichbar. So schafft er das, was den Mythos ausmacht: Skandalisierung und Trost zugleich.

Doch das ist unnötig. Er müsste nur nach Schottland, Skandinavien, Irland und den Niederlanden, den Gewinnern im Bologna-Monitor 2009 schauen, um zu erkennen, dass alles, was er anstrebt, unter Bologna möglich, ja erwünscht ist.



DER AUTOR

Wolf Wagner ist Altrector der Fachhochschule Erfurt und Professor für Sozialwissenschaften und Politische Systeme im Ruhestand

»Zum Trost gibt er den übermächtigen Amerikanern und nicht den eigenen allein auf abfragbares Wissen fixierten Kolleginnen und Kollegen die Schuld«

In Rot

LÜBECK Studentenwerk Schleswig-Holstein, Internationales Studentenwohnheim (ISW) Das Wohnheim steht mitten in der historischen Altstadt von Lübeck, neben der im 13. Jahrhundert erbauten Marienkirche. Durch seine moderne Architektur und die Farbe Rot bildet es einen spannenden Kontrast zu den UNESCO-Welterbe-Stätten. Seine Fassaden orientieren sich an der Typologie der historischen Gebäude. Es stehen Einzel- und Mehrzimmerappartements sowie Gemeinschaftswohnungen zur Verfügung. Einige Appartements verfügen über eine Dachterrasse.

»Das ISW bildet den Auftakt zur kritischen Rekonstruktion des Gründungs Viertels in der Lübecker Altstadt«

Klaus Mai, MAI Stadtplaner + Architekt BDA

FAKTEN

Auszeichnung: Deutscher Architekturpreis „Zukunft Wohnen“, 2007

Architekt: MAI Stadtplaner + Architekt BDA, Lübeck

Fertigstellung: 2005

Wohnfläche: 2800 Quadratmeter

Wohnplätze: 105

Wohnformen: Einzel- und Mehrzimmerappartements, WGs, 2 bedingt rollstuhlgerechte Appartements

Adresse: Alfstraße 5a/Fischstraße 6a/b, 23552 Lübeck



Preiswürdig wohnen

AUSGEZEICHNETE WOHNHEIME Innovative Neubauten und sanierte Altbauten: Bei ihren Wohnheimen legen die Studentenwerke großen Wert auf Nachhaltigkeit und Energieeffizienz. Die ökologische Bauweise, der Einsatz von besonderen Materialien sowie die gestalterische Leistung wurden in den vergangenen Jahren mit zahlreichen renommierten Architekturpreisen gewürdigt. Sieben Beispiele.

TEXT: Cornelia Greve und Sabine Jawurek



FAKTEN
Auszeichnungen: Deutscher Bauherrenpreis Neubau 2010 – innovative Architektur, Auszeichnung Guter Bauten in Franken 2008, Antonio-Petrini-Preis der Stadt Würzburg 2008
Architekten: Michel + Wolff + Partner, Stuttgart
Fertigstellung: 2008
Wohnfläche: 3.465 Quadratmeter
Wohnplätze: 139
Wohnformen: 54 Einzelappartements, 85 Einzelzimmer in 3er- und 5er-WGs
Adresse: Zürnstraße 2, 97074 Würzburg

WÜRZBURG Studentenwerk Würzburg, Wohnheim Zürnstraße 2
 Dieser fünfgeschossige Bau in L-Form ist geprägt vom Nachhaltigkeitsgedanken. Beheizt wird das Wohnheim über zwei Wärmepumpen; die Wandflächenheizungen in den Räumen werden über Erdwärmesonden erwärmt, so ist im Sommer auch eine Kühlung möglich. Die Toiletenspülungen nutzen Regenwasser aus zwei Zisternen, außerdem werden sie mit Brunnenwasser gespeist. Eine zusätzliche Solarthermie auf dem Dach dient der Brauchwassererwärmung sowie der Heizungsunterstützung.

»Das ist ein überzeugender Beitrag zur Aktivierung emissionsbelasteter Innenstadtgebiete durch studentisches Leben«

Zitat aus der Jury-Begründung



FAKTEN
Auszeichnungen: Auszeichnung Guter Bauten 2014 des BDA Wuppertal, Anerkennung; Deutscher Bauherrenpreis Neubau der Aktion Hohe Qualität – Tragbare Kosten* (2014), Anerkennung „Deutscher Holzbaupreis“ 2013, BMWI-Preis „Architektur und Energie – energieoptimiertes Bauen“ 2011
Architekten: Architektur Contor Müller Schlüter, Wuppertal
Fertigstellung: 2012
Wohnfläche: 2.256,40 Quadratmeter
Wohnplätze: 84
Wohnformen: 16 Einzel-, 22 Doppelappartements, 4er- bis 6er-WGs
Adresse: Im Östersiepen 9-11, Max-Horkheimer Str. 18, 42119 Wuppertal

WUPPERTAL Hochschul-Sozialwerk Wuppertal, Östersiepen Die drei viergeschossigen Gebäude am Hang mit unterschiedlichen Grundrissen sind nicht nur außen grün, sondern auch innen: Es sind energie- und ressourceneffiziente Passivhäuser. Dank der Stahlbetonskelettbauweise kann die Raumaufteilung je nach Nutzerbedarf variiert werden. Die vorgehängte, hochwärmegedämmte Fassade aus Holztafelelementen sowie eine Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung schaffen ein ausgeglichenes Raumklima. Alle Räume sind mit Parkettboden und bodentiefen, dreifachverglasten Fenstern ausgestattet.



»Die drei Kuben sind zurzeit dem studentischen Wohnen gewidmet, können aber auch als öffentlich geförderter Wohnraum genutzt werden«

Christian Schlüter, Prof. Dipl.-Ing. BDA (I.), Michael Müller, Dipl.-Ing. Architekt BDA, Architektur Contor Müller Schlüter

FOTOS AUF S. 20/21: OLIVER HEISSNER/HAMBURG, PRIVAT (PORTRÄT); FOTO (LINKS): WOLFGANG DÜRR, FOTOS (RECHTS): TOMAS RIEHLE/ARTUR IMAGES, SIGURD STEINPRINZ (PORTRÄTS), STUDENTENWERK OBERFRANKEN



FAKTEN
Auszeichnungen: Best Architects 2011 Award, Deutscher Ziegelpreis 2005, Architekturauszeichnung 2004, Gute Bauten des Bund Deutscher Architekten (BDA) 2001
Architekten: Bez + Kock Architekten, Stuttgart
Fertigstellung: 2004
Hauptnutzfläche: 4.790 Quadratmeter
Wohnplätze: 227
Wohnformen: 126 Einzelappartements und 101 Einzelzimmer in WGs
Adresse: Fabrikzeile 26/11-11, 95028 Hof

HOF Studentenwerk Oberfranken, Wohnanlage am Saalepark Diese Studentenwohnanlage besteht aus elf zwei- und dreigeschossigen, versetzt angeordneten Pavillons. Sie entstand 2004 als Teil des Flussparks entlang des Saaleufers. Es wurden ausgesuchte und ortstypische Materialien verwendet. Die geschosshohen Fassadenelemente integrieren jeweils einen Schreibtisch, ein Regal und einen kleinen Balkon. Je zwei benachbarte Häuser sind über eine gemeinsame Treppe verbunden, die auf eine begrünte Dachterrasse führt.

»Die versetzte Anordnung der Häuser schafft abwechslungsreiche Zwischenräume und einen fast dörflichen Charakter«

Zitat aus der Jury-Begründung



FAKTEN
Auszeichnung:
 Gute Bauten
 Franken 2012
Architekt:
 Alexander Schleifen-
 heimer, Architekt-
 büro, Coburg
Fertigstellung: 2012
Wohnfläche:
 1813 Quadratmeter
Wohnplätze: 73
Wohnformen:
 44 Appartements,
 28 Einzelzimmer in
 4er-WGs, 1 Eltern-
 Kind-Appartement
Adresse:
 Thüringer Straße 4,
 96450 Coburg

Lückenfüller

COBURG Studentenwerk Oberfranken, Wohnheim Haus Vesteblick Der 2012 eröffnete Neubau verbindet zwei bereits bestehende Gebäude der Anlage miteinander. Charakteristisch sind seine grünen Schiebe-Rollläden. Jedes Appartement verfügt über einen kleinen Balkon. Die am Treppenhaus liegenden Gemeinschaftsräume und Terrassen sind über einen Balkon bzw. Laubengang verbunden.

»Der in sich verschränkte und in Ebenen strukturierte Baukörper vollzieht den Lückenschluss«

Zitat aus der Jury-Begründung



FAKTEN
Auszeichnung:
 Prämierung der Archi-
 tektenkammer Baden-
 Württemberg 2010 für
 „Beispielhaftes Bauen“
Architekten:
 Nickl & Partner Archi-
 tekten AG, München
Adresse: Im Neuen-
 heimer Feld 136,
 69120 Heidelberg

Verwinkelt

HEIDELBERG Studierendenwerk Heidelberg, Wohnheim Neuenheimer Feld 136 Der 2009 eröffnete Neubau steht am Ufer des Neckars. Zwei terrassierte, jeweils drei- bis viergeschossige Gebäudeteile bilden einen kompakten Wohnkomplex. Das Studentenwohnheim verfügt über einen Niedrig-Energiestandard. Es stehen 194 Wohnplätze in Ein-Zimmer-Appartements und WGs zur Verfügung.

»Mit seiner klaren Struktur bildet das Studentenwohnheim einen robusten Rahmen für eine nachhaltige und langjährige Nutzung«

Zitat aus der Jury-Begründung

FOTOS (LINKS): STUDENTENWERK OBERFRANKEN, STUDIERENDENWERK HEIDELBERG; FOTOS (RECHTS): JENS WEBER/MÜNCHEN, CHRISTOPH REICHELT/BERLIN (PORTRÄT)



FAKTEN
Auszeichnungen:
 Bayerischer Wohn-
 ungsbaupreis 2012,
 best architects 2013,
 Deutscher Bauher-
 renpreis 2013 in der
 Kategorie „Moderni-
 sierung“, Preis der
 deutschen bauzeitung
 „Respekt und
 Perspektive – Bauen
 im Bestand“ 2014
Architekten:
 KNERER UND LANG
 Architekten, Dresden,
 München
Wohnplätze: 801
Adresse: Hochhaus,
 Helene-Mayer-Ring 7
 A/B, 80809 München

Hoch hinaus

MÜNCHEN Studentenwerk München, Hochhaus im Olympischen Dorf Das unter Ensembleschutz stehende Studentenwohnheim, 1972 als Unterkunft für die Sportler der Olympischen Sommerspiele errichtet, wurde 2012 energetisch und funktionell modernisiert: Vergrößerung der Appartements durch Einbeziehung der Loggien in die Fassade unter Erhalt des plastischen Gesamteindrucks, Installation einer Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung.



»Die Baumaßnahmen sind an vielen sorgfältig entwickelten Details sichtbar, der Bezug zur Entstehungszeit ist jedoch subtil immer vorhanden«

Thomas Knerer, Prof. Dipl.-Ing. Architekt BDA;
 Eva Maria Lang, Dipl.-Ing. Architektin BDA,
 Knerer und Lang Architekten GmbH

Einfach lecker!

ERNÄHRUNG Vitale Mensa? mensaVital! Die Marke der Studentenwerke hat sich zu einem Gütesiegel für gesundes Essen in den deutschen Mensen entwickelt.

TEXT: Bettina Kracht



Seelachs mit Blattspinat, Mozzarella, Mandeln, Tomaten-Vollkornreis



Seehechtfilet auf Schwarzwurzel-Möhren-Ragout mit grünen Bandnudeln



Kartoffel-Sauerkraut-Puffer mit Apfel-Meerrettich-Quark-Dip



Gabelspaghetti mit feurigem Tomaten-Mango-Belugalinsenragout



Schweinerückensteak mit Peperonisauce und Bandnudeln



Kritharaki mit Tomaten, Zwiebelgyros und Weißkrautsalat



Steckrüben-Bohnen-Paprika-Curry mit Chilikartoffeln



Bulgur-Tomaten-Rucola-Salat mit Schweinerückenstreifen



Feurige Pilzpfanne mit Paprika, Mandeln, Couscous und Limettenjoghurt

750

Kilokalorien maximal enthalten alle Gerichte bei mensaVital

Schnitzel mit Pommes, das war einmal. Immer mehr Studierende legen Wert auf gesundes Essen: Leicht und ausgewogen soll es sein, und auch ökologischen Ansprüchen genügen. Auf dieses Bedürfnis haben sich die Mensen und Cafeterien der Studentenwerke eingestellt. Immerhin ist von den 82 Prozent Studierenden, die die Mensa nutzen, der Anteil, denen „ökologisch erzeugte Produkte“ wichtig sind, innerhalb von drei Jahren um sechs Prozent gestiegen (20. Sozialerhebung). Tendenz steigend.

In den ostdeutschen Studentenwerken wurde 2010 dazu die Menülinie mensaVital entwickelt, die mittlerweile eine bundesweite Marke ist und in über 30 Studentenwerken angeboten wird. mensaVital steht für gesunde Ernährung, die vor allem genau auf die Bedürfnisse

der Studierenden zugeschnitten ist: Eine Portion enthält durchschnittlich den Energiebedarf einer Mittagsmahlzeit für einen Erwachsenen mit sitzender Tätigkeit, die viel Konzentration erfordert. Zwischen 600 und 750 Kilokalorien sind das.

„Oft stellt sich die Frage, was eine ausgewogene Ernährung ist. Hierzu kursieren ständig die unterschiedlichsten Empfehlungen, Ratschläge zur Ernährungsweise in den Medien. Ohne diätetische Ausbildung kann man sich im Empfehlungswirrwarr nicht zurechtfinden und wenn man diese hat, kann man oft nur mit dem Kopf schütteln, was alles

so versprochen und verkündet wird.“ Klaus Scheuer, Mensaleiter beim Studentenwerk Thüringen, bringt als Koch und Diätassistent dieses Wissen mit. Er ist Leiter der AG Kochwerk, in der die Aktivitäten, Kompetenzen und Kräfte vieler Studentenwerke in puncto gesunde

mensaVital

Ernährung gebündelt werden. Denn Salatthecken, „gesunde“ Aktionswochen oder -tage und Menülinien wie „Campusvital“ oder „Natürlich frisch“ sind schon seit Langem bei vielen Studentenwerken im Angebot.

Bei den regelmäßigen Kochwerk-Treffen werden spezielle Rezepte entwickelt, mittlerweile über 200 an der Zahl, und auch Probe gekocht. „Mit dem mensaVital-Logo haben wir ein Gütesiegel für ausgewogene Ernährung geschaffen, das den Fleischgenuss auf ein vernünftiges Maß bringt und dem Veganer die Abdeckung seines Nährstoffbedarfs sichert. Als sehr schöne Nebenwirkung ist die Menülinie um einiges nachhaltiger als die Durchschnittsernährung“, sagt Scheuer.

Die Rezepte berücksichtigen sowohl regionale und saisonale Kocheinflüsse als auch eine ausgewogene Zusammenstellung der Zutaten. Bei täglichem Angebot werden Fisch-, Fleisch-, vegane und vegetarische Gerichte im ausgeglichenen Verhältnis angeboten. In über

100 Mensen Deutschlands findet man regelmäßig (mindestens ein) mensaVital-Gericht. So auch in Thüringen. Diese haben je Mensa mit 18 bis 37 Prozent „Marktanteil“ von allen ausgegebenen Portionen dort einen festen Stammplatz in deren Angebotspalette. Insgesamt werden jährlich über 500.000 vitale Portionen in den Thüringer Mensen ausgegeben.

Besonders dankbar für das erweiterte und vielfältigere Angebot sind die Vegetarier und Veganer. Klaus Scheuer wird öfter nach dem Rezept für ein vitales Gericht gefragt. „Ich drucke dieses dann gern direkt aus meinem Produktionsplanung-System aus. So haben sie neben dem Rezept auch die Erkenntnis, dass wir in eigener Produktion kochen und können sich über die großen Lebensmittelabpackungen amüsieren. Dass man in einer Großküche nach Rezepten und Kochtipps gefragt wird, empfinden mein Team und ich dabei als schönstes Kompliment.“

» www.mensavital.de

KOMPAKT

Die mensaVital-Gerichte werden vitaminschonend und fettarm zubereitet. Sie enthalten maximal 750 Kilokalorien. Es werden ausschließlich hochwertige Fette und Öle, frische Kräuter und sorgfältig ausgewählte Lebensmittel verwendet: Vollkornprodukte, Hülsenfrüchte, Nüsse, mageres Fleisch, knackiges Gemüse.

Mut zur Lücke

„Mach sichtbar, was vielleicht ohne Dich nicht wahrgenommen worden wäre.“

Diese Worte des französischen Filmemachers Robert Bresson stehen einleitend im Katalog des vierten Fotowettbewerbs von zehn Studentenwerken. Die Motive und Bildausschnitte, die die 152 teilnehmenden Studierenden aus 34 Hochschulen gewählt haben, zeigen ganz unterschiedliche Interpretationen des Themas „Mut zur Lücke“. Dabei zeichnen sich jedoch zwei grundsätzliche Deutungsmethoden ab: die Lücke als etwas Fehlendes oder Unvollständiges, und die Lücke als Platz für etwas Neues, als Freiraum, den es zu besetzen gilt. Insgesamt wurden 132 Einzelbilder und 55 Serien eingereicht. Eine Ausstellung mit den Siegerfotos und vielen weiteren Bildern tourt seit November 2014 durch die Bundesländer der teilnehmenden Studentenwerke. *ar*

» www.fotowettbewerb-studentenwerke.de



Unvollständig, Jonas Berweck,
Friedrich-Schiller-Universität Jena



Ohne Titel, Tobias Teichmann,
Technische Universität Ilmenau,
1. Platz, Kategorie Einzelbilder



Berlin Wall, Nicole Stoitschew,
Technische Universität Ilmenau



Nepal, Eva Brumme,
Technische Universität Dresden

Sturmerprobter Pädagoge

MANFRED PRENZEL behält immer die Nerven, erst recht als Vorsitzender des Wissenschaftsrats. Porträt des obersten deutschen Wissenschaftslobbyisten.

TEXT: Anja Kühne FOTOS: Robert Michael/dpa

Es ist ein sonniger Herbsttag in Berlin. In der Friedrich-Ebert-Stiftung tagen Experten zum Thema „Wissenschaftsregionen“. Manfred Prenzel aber steht draußen auf dem Bürgersteig und telefoniert. Zu besprechen gibt es für den neuen Vorsitzenden des Wissenschaftsrats (WR) bestimmt genug. Die Wissenschaft steckt gerade in einer schwierigen Lage. Seit Monaten sorgen

sich Hochschulen um die Existenz der Projektpauschale und darum, ob die BAföG-Entlastung durch den Bund bei ihnen ankommt.

Prenzel selbst hat gerade gemeinsam mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) eine Pressemitteilung herumgeschickt, zu einer weiteren Baustelle: Es ist ein „dringender Appell an Bund und Länder“, über die Fortsetzung der Exzellenzinitiative zu entscheiden.



Manfred Prenzel
ist der

19.

Vorsitzende des Wissenschaftsrats, der 1957 gegründet wurde. Der WR ist das älteste wissenschaftspolitische Beratungsgremium in Europa.

Die Politik für die Anliegen der Wissenschaft gewinnen - was kann Prenzel dazu beitragen? Die Struktur des Wissenschaftsrats weckt Erwartungen. Schließlich ist die Politik ja selbst Mitglied des Gremiums. 16 Vertreter der Länderregierungen und sechs Vertreter der Bundesregierung sitzen in der Verwaltungskommission. Der andere Arm des Wissenschaftsrats ist die Wissenschaftliche Kommission mit 24 Mitgliedern aus der Wissenschaft und acht Externen, meist Repräsentanten großer Unternehmen. Kommt ein Beschluss zustande - mindestens mit Zwei-Drittel-Mehrheit -, hat die Politik also schon immer zugestimmt. „Die hohe Chance“ auf Umsetzung der Empfehlungen sei für ihn darum ein Reiz des Wissenschaftsrats, hat Prenzel gesagt, als er sein Amt im Juli 2014 antrat.

So hoch auf Umsetzung sind die Chancen aber auch wieder nicht. Das sieht Prenzel selbst gerade. Wann immer es darum geht, zusätzliches Geld für die Wissenschaft aufzutreiben, stößt der Wissenschaftsrat an die von den Finanzministern gesetzten Grenzen. Schon das Verwaltungsabkommen von 1957 hält einschränkend fest, Bund und Länder würden die Empfehlungen „im Rahmen der haushaltsmäßigen Möglichkeiten berücksichtigen“. Und die Möglichkeiten sind aktuell angesichts der Schuldenbremsen besonders eng. Die große Empfehlung des Wissenschaftsrats vom vergangenen Sommer, wonach die Politik einen „Zukunftspakt“ mit der Wissenschaft abschließt und ihr bis zum Jahr 2025 verlässlich steigende Zuschüsse gewährt, scheint kläglich gescheitert.

Also muss Prenzel appellieren und flehen: „Geld ist in der Wissenschaft gut angelegt“, sagt er. „Deutschland kann nur durch Forschung und durch die Qualifikation junger Menschen zukunftsfähig bleiben. Da muss die Politik abwägen, ob sie das Geld lieber in Rentenerhöhungen oder andere Leistungen steckt.“ Er fügt hinzu: „Das sage ich nicht als Lobbyist, sondern weil ich davon tief überzeugt bin.“

Prenzel muss einen kurzen Draht zu Politikern haben, um sie für seine Sache zu gewinnen. Einen Schritt ins Rampenlicht hat er als neuer Vorsitzender des Wissenschaftsrats trotzdem nicht gemacht - eher einen zurück in den Halbschatten. Schließlich hat Prenzel,

Professor für Empirische Bildungsforschung, über zehn Jahre lang den nationalen Teil der Pisa-Studie geleitet. Tatsächlich dürfte er in puncto Sturmerprobtheit jeden seiner 18 Vorgänger im Amt überbieten.

Noch über ein Jahrzehnt nach dem Pisa-Schock löst jede neue Pisa-Studie ein gewaltiges Tosen in den Medien aus, kämpfen einzelne Journalisten, Kultusminister und die OECD-Spitze in Paris darum, die Schlacht um die Deutungshoheit der Ergebnisse zu gewinnen: Sind die deutschen Schüler nun wirklich „besser geworden“ und die Schulen sozial etwas durchlässiger - oder tut Prenzel etwa nur so, weil die Kultusminister das von ihm, dem Auftragsforscher, so verlangen?, wurde er argwöhnisch gefragt.

Prenzel hat noch in der größten Hysterie nie die Nerven verloren. Geduldig hat er hektischen Journalisten bis zum Redaktionsschluss versucht zu erklären, wie sie die „flatternden Perzentilbänder“ der Untersuchung zu verstehen haben, liebenswürdig lächelnd hat er die Pisa-Studie in die Kameras der Tagesschau gehalten, als gebe es überhaupt keine Aufregung.

Prenzel ist 62, aber er wirkt jünger und wie ein zurückhaltender, aber sympathischer Lehrer, mit dem jeder Schüler gerne auf Klassenfahrt fahren würde. Der Pädagoge hat sich aber für eine wissenschaftliche Laufbahn entschieden und wurde zum Spitzenforscher. Die Liste seiner Stationen, seiner Mitgliedschaften in wissenschaftlichen Gesellschaften, Beiräten und Kommissionen sowie seiner publizistischen Tätigkeiten ist lang. Inzwischen leitet Prenzel die School of Education an der Technischen Universität München und hat



FOTO: PRIVAT (AUTORIN)

»Zum Mensapreis werden wir uns nicht äußern«

dort den „Susanne-Klatten-Lehrstuhl“ inne, wird also gesponsert von der schwerreichen Quandt-Erbin. Um seine Doktoranden und Habilitanden will er sich trotz seiner neuen Position weiter kümmern.

Dass Prenzel Vorsitzender des Wissenschaftsrats geworden ist, überrascht nur insofern, als dass Pädagogen in dem Gremium jahrzehntlang gar nicht vertreten waren. Ansonsten haftet Prenzel als langjährigem Gremienhengst durchaus der Stallgeruch des Wissenschaftsmanagements an: In den Wissenschaftsrat ist er vor drei Jahren berufen worden, war Mitglied des Senats und des Hauptausschusses der Deutschen Forschungsgemeinschaft und des Präsidiums der Leibniz-Gemeinschaft. Es passt ins Schema, das Prenzel aus einer Münchner Universität kommt. Seit Jahren dominieren den Wissenschaftsrat und die DFG Führungspersonen aus München. Seilschaften sieht Prenzel aber nicht am Werk. Er selbst sei in den Ausschüssen des Gremiums „nicht ganz faul“ gewesen, so dass nach dem kurzfristigen Ausscheiden seines Vorgängers Wolfgang Marquardt die Wahl auf ihn gefallen sei.

Das Alltagsgeschäft des Wissenschaftsrats ist es, außeruniversitäre Einrichtungen zu evaluieren und private Hochschulen zu akkreditieren. Einfluss aufs ganze System der Wissenschaft nimmt das Gremium daneben mit seinen Empfehlungen zu großen strukturellen Fragen. Wie kann Prenzel hier Wirkung entfalten? Zum einen ist er in seiner Eigenschaft als Vorsitzender auch als Vorsitzender mancher Ausschüsse und wichtiger Arbeitsgruppen mit „relativer Sichtbarkeit“ ausgestattet, wie er formuliert. Sodann hänge manches davon ab, „wie gründlich man die Empfehlungen“ im Laufe ihres Entstehungsprozesses gelesen hat, „wie tief man eingedrungen ist“, so dass man in die Lage kommt, „unterstützend, ergänzend oder erweiternd einzuwirken“ und sich „zu verschiedenen Momenten zurückzumelden“.

Prenzel hört auch Kritik am Wissenschaftsrat. Manchen ist der Wissenschaftsrat zu sehr auf Kompromisse aus, „politikkonform“ und „strukturkonservativ“. Aber sehen die Empfehlungen vielleicht manchmal nur „politikkonform“ aus, weil es den Wissenschaftlern gelungen ist, die Politik zu überzeugen?, fragt er. Und muss, wer große strukturelle Umwälzungen plant, nicht auch abwägen zwischen den Kosten, die das verursachen würde, und den vielen Möglichkeiten, auch schwierige Strukturen mit guter Governance gut ausgestalten zu können? Nein, eine Revolution will auch Prenzel im Wissenschaftsrat nicht anzetteln.

Wenn es sich ergibt, wird er seine soziale Ader als Pädagoge bestimmt zur Geltung bringen, womöglich auch

im Sinne des Deutschen Studentenwerks: „Das Studium hat doch ein Außenrum“, sagt er und sinniert über die Möglichkeiten der (psychosozialen) Betreuung vor dem Studienabbruch stehender Studierender. „Zum Mensapreis werden wir uns aber nicht äußern“, stellt er klar.

Prenzel denkt auch darüber nach, wie man die Empfehlungen, Stellungnahmen und Positionspapiere noch besser an der Basis der Hochschulen bekannt machen kann. Der Wissenschaftsrat ist gefürchtet für seine immer umfangreicher werdenden Papiere, deren Entstehung von der 80-köpfigen Geschäftsstelle in Köln unterstützt wird. Traditionell sind die Texte in einer papierernen wie wolkigen Sprache verfasst, die noch die willigsten Aktenfresser nach wenigen Seiten Lektüre betäubt, als habe man ihnen ein chloroformiertes Tuch vors Gesicht gehalten. Das ist durchaus beabsichtigt: Auf der Suche nach dem notwendigerweise angestrebten Kompromiss ist klare Sprache im Wissenschaftsrat nicht immer erwünscht.

Prenzel beherrscht den verschwurbelten Geheimjargon natürlich. So erklärt er in dem jüngst verschickten Appell zur Exzellenzinitiative: „Die Möglichkeit zur wissenschaftsadäquaten Gestaltung der eigenen Organisationsstrukturen muss unbedingt erhalten bleiben.“ Was könnte damit wohl gemeint sein? Handelt es sich um ein verdecktes Plädoyer für die Fortsetzung der dritten Förderlinie im Exzellenzwettbewerb, also für die Fortsetzung des Wettbewerbs unter ganzen Eliteuniversitäten? Oder nur für die zweite, mit ihren Clustern? Bestimmt haben Prenzels Adressaten an den Schalthebeln der Macht ihn sehr gut verstanden.

An jenem Montag in Berlin sieht Prenzel die 45 Universitäten, die im Exzellenzwettbewerb gesiegt haben, vor einer „Abrisskante der Förderung“: „Es herrscht große Unruhe“, sagt er. Über alle drei Linien des Wettbewerbs werde in Bund und Ländern gerungen. Es sei ungeklärt, „ob man eine längerfristige Spitzenforschung auch dann will, wenn es bedeutet, dass manche nicht profitieren“. Prenzel hat dazu bestimmt eine klare Meinung - wenn er sie auch noch nicht öffentlich erkennen lässt. Schließlich muss er als Vorsitzender des Wissenschaftsrats immer für Kompromisse offen bleiben. „Vor allem muss ich jetzt telefonieren“, sagt er, als das Gespräch mit der Journalistin beendet ist, und stellt sich wieder auf den Bürgersteig vor der Friedrich-Ebert-Stiftung.



DIE AUTORIN

Anja Kühne, 46, ist verantwortliche Redakteurin Wissen bei der Berliner Tageszeitung „Der Tagesspiegel“

ZUR PERSON

Manfred Prenzel, 1952 in Forchheim geboren, ist Erziehungswissenschaftler und einer der bekanntesten Bildungsforscher Deutschlands. Mehr als zehn Jahre lang war er für Deutschland nationaler Projektmanager der internationalen PISA-Studien der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Prenzel ist seit dem Jahr 2011 Mitglied im Wissenschaftsrat und seit Juli 2014 dessen Vorsitzender. Er studierte Pädagogik, Psychologie, Soziologie, Anthropologie und Humangenetik an der Ludwig-Maximilians-Universität München, dort promovierte er 1976, und dort habilitierte er sich im Jahr 1987. Manfred Prenzel ist verheiratet und hat drei Kinder.

Vorbild Fachhochschule

EXPORT Offiziell will sich niemand festlegen, aber offenbar steht China davor, viele seiner Universitäten in stärker praxisbezogene Fachhochschulen oder Berufsfachschulen umzuwandeln.

TEXT: Jeannette Goddar ILLUSTRATION: Jacqueline Urban

Wer Bildungsexpansion noch einmal neu buchstabieren möchte, dem sei ein Blick nach China empfohlen: Noch in den 1970er-Jahren gingen dort drei von 100 Schulabgängern an die Universität; heute sind es 20. Im Jahr 2020 sollen es nach dem Willen der Regierung 40 sein. In diesem Jahr strömten erstmals mehr als sieben Millionen Studienanfänger an eine ständig steigende Zahl von Universitäten. Gründe für die beispiellose Akademisierung gibt es viele; ein zentraler ist: Nirgends sind die mit einem Studium verknüpften Erwartungen so hoch wie in dem Land, in dem die allermeisten Eltern all ihre Zukunftswünsche auf das einzige Kind richten. Der Druck auf alle Beteiligten ist immens. Und er steigt ständig; die massenhafte Studierneigung erfüllt die Hoffnungen nämlich keineswegs. Experten wie der deutsche Bildungswissenschaftler Jürgen Henze schätzen, dass kaum mehr als jeder zweite Hochschulabsolvent binnen eines Jahres einen angemessenen Job findet. Auf der anderen Seite klagt auch die chinesische Industrie, sie brauche Fachkräfte – aber nicht solche, wie sie von der Universität kommen: zu viele Wirtschaftswissenschaftler und zu wenig Ingenieure, die allesamt in einem zu verschulden Studium zu praxisfern ausgebildet seien. Tatsächlich kann sich in China nur jeder Dritte vorstellen, Natur-, Ingenieurwissenschaften oder Medizin zu studieren. Auch manuelle Fertigkeiten und Handwerk haben so gut wie keine Tradition.

Nach mehreren Regierungsinitiativen, die auf Elitebildung und Konkurrenz zwischen den Universitäten setzten, könnte nun ein deutsches Modell für eine mittlere Revolution im chinesischen Bildungssystem

Pate stehen: die Fachhochschulen. Beim diesjährigen China Development Forum, das in jedem Jahr die wirtschaftliche Entwicklung vergleichsweise kritisch in den Blick nimmt, erklärte die stellvertretende Wissenschaftsministerin Li Xin: 600 Universitäten sollten so umstrukturiert werden, dass sie in Zukunft deutlich anwendungsorientierter ausbilden. In einem „graduellen Übergang“ solle jede zweite Universität sich darauf vorbereiten, künftig Ingenieure, Techniker und andere hochqualifizierte Facharbeiter auszubilden, anstatt nur theoretische Lehre anzubieten.

Was das bedeutet, ist noch unklar: Manche nannten, so berichtete es jedenfalls eine Reporterin der „University World News“, das deutsche Fachhochschulmodell als Vorbild. Andere meinen, auch eine weniger akademische Reform könnte geplant sein: die Umwandlung von 600 Universitäten in Berufsfachschulen. Von Seiten des Wissenschaftsministeriums gibt es dazu derzeit ebenso wenig weitere Auskünfte wie von der Chinesischen Botschaft in Berlin. Auch Vertreter der deutschen Wissenschaft in China beobachten die Entwicklung abwartend und ohne Stellung zu beziehen.

Fest steht: Die Umwandlung dürfte vor allem viele der in den vergangenen 20 Jahren gegründeten Universitäten treffen. Und sie dürfte auch in China nicht geräuschlos über die Bühne gehen. Einige Universitäten würden schon die zweite Reform auf Geheiß der Regierung durchmachen – bei der letzten mussten sie weniger Berufsausbildung und mehr akademische Lehre anbieten. Und auch in China stellt sich die Frage nach Reputation, Status und Bezahlung des Personals; auch dort wird der Fachhochschul-Professor am Ende nicht schlechter dastehen wollen als der Universitäts-Professor.



Jürgen Henze, der das chinesische System seit den 1980er-Jahren begleitet und seither eine beeindruckende Menge Reformen hat kommen (und gehen) sehen, warnt davor, die Übertragbarkeit des Modells zu überschätzen: „Deutsche Fachhochschulen leben vor allem von der guten Betreuung der Studierenden; und von vielen Praxiskontakten.“ Von beidem, so Henze, sei man in China noch weit entfernt; auch weil es in Universitäten wie in der Wirtschaft an einer entsprechenden Kultur fehle. „Auch in Deutschland ist es ja nicht selbstverständlich, dass Unternehmen die Betreuung von Studierenden als lohnende Investition und nicht als lästig betrachten“, sagt der Bildungswissenschaftler der Humboldt-Universität zu Berlin, „in China gilt das in noch viel stärkerem Maße. Bis es dort Mitarbeiter gibt, die Praktika oder gar Bachelorarbeiten betreuen, ist es ein weiter Weg.“ Schon deswegen sei wohl bestenfalls „ein Modell in Anlehnung an das deutsche“ zu erwarten.

Allerdings: Erkundigungen, wie genau Deutschland das macht, hat die chinesische Regierung durchaus eingezogen. Drei Stunden lang, erinnert sich Michael Heine, bis September 2014 Präsident der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, hätte eine chinesische Delegation ihn im Frühsommer befragt: „Zu zehnt waren sie angereist“, erzählt Heine, „und es gab kaum etwas, was sie nicht interessiert hat: Wie unsere Professoren qualifiziert sind, wie wir sie bezahlen; wie wir Curricula erstellen und den Praxisbezug sicherstellen. Und am allermeisten hat sie interessiert, wie es unseren Absolventen auf dem Arbeitsmarkt ergeht. Mein Eindruck war: Gerade in diesem Punkt ist die Unzufriedenheit mit dem universitären System in China groß.“

Ein Leuchtturm der deutschen Fachhochschulbildung steht längst in China: die Chinesisch-Deutsche Hochschule für Angewandte Wissenschaften (CDHAW), angedockt an die Tongji-Universität in Shanghai, eine der wenigen chinesischen Universitäten mit Welt Ruf. Vor zehn Jahren gegründet, um die praxisnahe Ausbildung von Ingenieuren ebenso wie den Austausch mit Deutschland voranzubringen. In vier Studiengängen – Fahrzeugtechnik, Mechatronik, Gebäudetechnik und Wirtschaftsingenieurwesen – machen sich 200 Schulabgänger jährlich auf den Weg zu einem deutsch-chinesischen Doppelbachelor. Drei Jahre lang lernen sie in China; danach gehen sie, wenn sie die Prüfung bestehen, für ein Jahr an eine von 25 deutschen Partner-Fachhochschulen. In der CDHAW dürfte man sich freuen, wenn das Modell Verbreitung fände: Schon auf der Website heißt es, man wolle das „deutsche Ingenieur-ausbildungsmodell mit Vorzeigefunktion für das chinesische Hochschulwesen“ etablieren.

Aus der Taufe gehoben hat die CDHAW übrigens ein Experte in Sachen Fachhochschulen: Wan Gang studierte in Clausthal-Zellerfeld Antriebstechnik; im Anschluss arbeitete er sich in eine Führungsposition bei Audi vor. Dann wurde er Präsident der Tongji-Universität und gründete die CDHAW. Inzwischen hat er ein neues Amt: Er ist Chinas Minister für Wissenschaft und Technologie.



DIE AUTORIN

Jeannette Goddar arbeitet als freie Journalistin in Berlin und München. Sie widmet sich vor allem Themen rund um Bildung und Migration



Deutsche Fachhochschulen leben von der guten Betreuung der Studierenden und von vielen Praxiskontakten. Von beidem ist China noch weit entfernt«

Jürgen Henze,
Humboldt-Universität
zu Berlin



»Die Verantwortung liegt bei den Ländern«

13 FRAGEN AN ... BARBARA HENDRICKS (SPD), Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.

1 Frau Hendricks, wie haben Sie als Studentin gewohnt? Ich habe in einem möblierten Zimmer gewohnt, das mir von privater Seite vermietet worden ist.

2 Derzeit fehlen viele Wohnheimplätze für Studierende. Warum fördert der Bund den Ausbau der Studentenwohnheime nicht - so wie er bei den Studienplätzen über Hochschulpakete vorangeht? Der Bund kann nicht einfach „vorangehen“ - weil das Grundgesetz die Zusammenarbeit von Bund und Ländern beim studentischen Wohnungsbau nicht zulässt.

3 Ihr Vorgänger wollte den Studentenwohnheimbau gesondert fördern. Was halten Sie davon? Seit der Föderalismusreform 2006 sind die Länder für den Bau von Studentenwohnheimen zuständig, der Bund gibt Kompensationsmittel. Es liegt also vor allem in der Verantwortung der Länder, ausreichend Mittel aufzubringen.

4 Gibt es Chancen auf zusätzliche Mittel im Bundeshaushalt für so ein Programm? Der Bund unterstützt die Länder schon heute mit rund 518 Millionen Euro pro Jahr. Für eine Erhöhung sehe ich angesichts der notwendigen Haushaltskonsolidierung kaum Spielräume.

5 Aber die SPD hatte in ihrem Wahlprogramm einen Hochschulsozialpakt gefordert! Die Bundesregierung wird ihre Aktivitäten zur Schaffung von studentischem Wohnraum in dieser Legislaturperiode fortsetzen. Unter anderem wollen wir studentisches Wohnen als einen Baustein im Rahmen des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen verankern.

6 Was kann in diesem Bündnis für die Studierenden herauskommen? Wir werden die Schwierigkeiten der Studierenden bei der Suche nach bezahlbarem Wohnraum diskutieren.

7 Machen Sie das ohne Ihre Kollegin Johanna Wanka? Natürlich beziehen wir das Bundesministerium für Bildung und Forschung ein, wenn es um die Studierenden geht.

8 Sehen Sie Möglichkeiten, die Länder bei ihren Förderprogrammen für den Studentenwohnheimbau irgendwie zu unterstützen? Wie gesagt: Der Bund unterstützt die Länder bereits in einem nicht unerheblichen Umfang. Das Geld kann auch für studentischen Wohnheimbau eingesetzt werden.

9 Können wir auf ein Bundesprogramm aus Ihrem Ministerium hoffen, für den Wohnungsbestand insgesamt - wie auch für Studentenwohnheime? Ich finde es sehr wichtig, dass bestehende Bausubstanz erhalten und gepflegt wird. Entsprechende KfW-Förderprogramme des Bundes können selbstverständlich auch für die Modernisierung von Studentenwohnheimen genutzt werden.

10 Die Studentenwerke haben gezeigt, dass sie schnell und effizient Maßnahmen umsetzen können. Könnte für den Fall, dass ein neues Konjunkturpaket notwendig wäre, der Studentenwohnheimbau ein Thema werden? Die Bundesregierung wird prüfen, welche Ausgaben konkret im Rahmen eines Investitionsprogramms getätigt werden sollen. Hier werden wir uns keine Denkschranken auferlegen.

11 Sie selbst haben in den 1970er Jahren beim Deutschen Studentenwerk gearbeitet - was verbinden Sie mit Studentenwerken? Die Studentenwerke haben eine große Bedeutung für alle sozialen Belange der Studierenden und sind auch sehr erfolgreich damit.

12 Haben Sie Einrichtungen der Studentenwerke, wie zum Beispiel die Mensa, genutzt? Ja, klar.

13 Ihr persönlicher Tipp für Studierende heute? Möglichst rasch zu lernen, wie man die eigene Arbeit organisiert.

Die 13 Fragen stellte **Christian Füller**, Journalist, Pisaversteher und Buchautor.

ZUR PERSON

Barbara Hendricks, ist von Hause aus Finanzexpertin. Die Historikerin und Sozialwissenschaftlerin war unter anderem Sprecherin des Finanzministers von Nordrhein-Westfalen, Staatssekretärin von drei Bundesfinanzministern und dann erfolgreiche SPD-Schatzmeisterin. Hendricks ist in Kleve geboren und fühlt sich „von ganzem Herzen als Niederrheinerin“. Ihre berufliche Karriere hat sie 1976 beim Deutschen Studentenwerk begonnen.

DER DSW-PRÄSIDENT HAT DAS LETZTE WORT

Hinterm Horizont, immer weiter?

Zwei Systeme im immanenten Widerspruch: Wissenschaft und Politik. Wissenschaft und Forschung sind auf lange Dauer angelegt, die Hochschulbildung genauso. Politik wiederum, auch wenn sie das nur selten und ungern zugibt, bemisst sich nach Legislaturperioden.

Von daher ist es zumindest ein kleines Wunder, dass die großen Bund-Länder-Programme zur Wissenschaftsförderung in der jüngeren Vergangenheit gleich mehrere Regierungen und Legislaturperioden überdauern. Allein der Hochschulpakt geht, wenn die Länder im Bundesrat am 19. Dezember 2014 zustimmen, in seine dritte Phase. Er wird dann eine Dauer von 2007 bis 2023 gehabt haben. Ähnlich der Pakt für Forschung und Innovation für die außeruniversitäre Forschung; er soll bis zum Jahr 2020 fortgesetzt werden. Bei der Exzellenzinitiative soll es nach 2017 auch weitergehen - nur wie, ist noch nicht ganz klar.

Der Horizont der Wissenschafts- und Hochschulpolitik in Deutschland reicht also gut bis zum Jahr 2020. Noch einmal: Das ist beachtlich, und das ist, erst recht im internationalen Vergleich, eine sehr lange Spanne.

Dennoch drängen sich mir zwei Fragen auf: Was ist eigentlich mit der Zeit danach? Und: Wenn die Politik hier Weitsicht beweist - warum dann ausgerechnet nicht bei der sozialen Infrastruktur?

Bestes Beispiel Wohnraumversorgung: Eine voraussichtliche Wissenschafts- und Hochschulpolitik hätte längst erkennen müssen, dass mit den Studienplätzen auch die Wohnheimplätze mitwachsen müssen. Schon jetzt gibt es Planungen für die Zeit nach circa 2025, falls die Studierendenzahl dann tatsächlich sinken sollte. Ausländische Studierende sollen dann die Lücke schließen. Auch das ist eine weitsichtige Planung, nur: Wo sollen sie wohnen? Die Lage auf den Wohnungsmärkten in den Ballungszentren - und das sind auch die Hochschulzentren - wird sich noch weiter verschärfen.

»Warum ist die Politik bei Lehre und Forschung so weitsichtig, aber bei der sozialen Infrastruktur so blind?«

Dieter Timmermann, Präsident des Deutschen Studentenwerks



Warum ist die Politik bei Lehre und Forschung so weitsichtig, aber bei der sozialen Infrastruktur so blind?

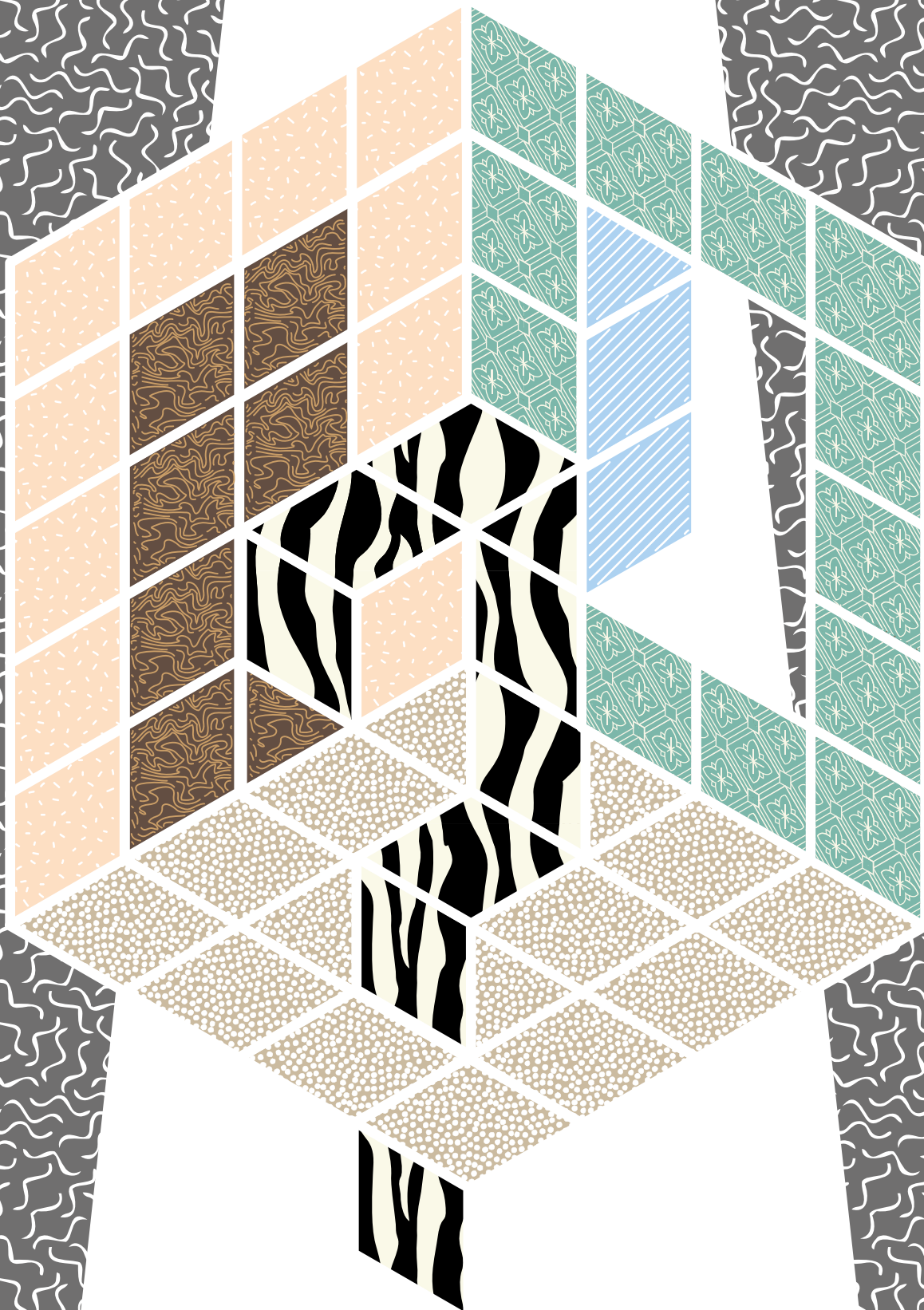
Man muss heute das gesamte Paket planen: die Studienplatzkapazitäten, die Lehrkapazitäten, die Forschungskapazitäten - und gleichrangig, gleichwertig die Kapazitäten an Wohnheimplätzen, an Beratung, Kinderbetreuung, Essensversorgung. Hier muss die Politik das tun, was von der Wissenschaft immer - zu Recht - gefordert wird: interdisziplinär arbeiten, vernetzt denken. Wer isoliert ausschließlich in Studienplätzen kalkuliert, dessen Rechnung geht nicht auf. Heute nicht, und in den Jahren nach 2020 erst recht nicht.

Ihr

Antworten Sie oder diskutieren Sie mit Dieter Timmermann:

» dieter.timmermann@studentenwerke.de

FOTO: KAY HERSCHELMANN



WIE GE-WOHN'T 29. Plakatwettbewerb des Deutschen Studentenwerks

FÜR STUDIERENDE DER FÄCHER
GRAFIKDESIGN, KOMMUNIKATIONS-
DESIGN, VISUELLE KOMMUNIKATION
ANMELDUNG BIS 05.12.2014
ABGABE BIS 19.02.2015
PREISE INSGESAMT 5.500 EURO



Bildung ändert alles.

kinder not hilfe

Helpen auch Sie mit einer Spende
oder Patenschaft. Damit Kinder
weltweit lernen, ihr Leben selbst in
die Hand zu nehmen.
Kindernothilfe. Gemeinsam wirken.

www.kindernothilfe.de

Bank für Kirche und Diakonie eG – KD-Bank
Spendenkonto 45 45 40 · BLZ 350 601 90
IBAN: DE92 3506 0190 0000 4545 40



Foto: Jakob Studnar